

GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK

Anmerkungen und Anfragen
zur Währungsverfassung und den Wirkungen
der Politik der Deutschen Bundesbank

- Ein Brief an den Zentralbankrat -

von

Tristan Abromeit

Mardorf am Steinhuder Meer im Oktober 1989

GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK

XX

Anmerkungen und Anfragen

zur Währungsverfassung und den Wirkungen
der Politik der Deutschen Bundesbank

- Ein Brief an den Zentralbankrat -
von Tristan Abromeit
Mardorf am Steinhuder Meer im Oktober 1989

Inhaltsübersicht

Seite

- 3 Start
- 4 Der Hintergrund und die Motive meiner Fragen
 - 4 a) politisch allgemein
 - 4 b) politisch speziell
 - 5 c) persönlich
- 3 Auslöser der Fragen
- 3 Zitate zur Einstimmung
- 7 I. Fragen mit Schwerpunkte zur Währungsverfassung
im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (1. bis 11. Frage)
- 14 II. Fragen aufgrund unklarer Begriffe und negativer
Wirkungen praktizierter Währungs- und Wirtschaftspolitik (12. bis 26. Frage)
- 25 III. Fragen zum internationalen Geldverkehr (27. bis 34. Frage)
- 30 IV. Einzelfragen, die die Notenbankpolitik oder Verfassung tangieren (35. bis 43. Frage)
 - 30 - Kaufkraftvergleiche
 - 31 - Kapitalflucht
 - 32 - Kredite für osteuropäische Länder
 - 33 - Die Verdächtigungen der Geschäftsbanken durch die mangelnde Transparenz im
Währungsbereich und durch die marxistische Kapitalismusanalyse
 - 36 - Börse und Währung
 - 37 - Das "Wunder von Wörgl", die Wiederholung eines Experimentes
- 39 V. Schlußbemerkungen
- 42 Anhang:
 - A) Übersicht der Anlagen
 - B) Angebot für Leser jenseits der Ost-West-Grenze
 - C) Literaturhinweise für Leser im Osten

- Neu formatiert im April 2004. Daher abweichende Seitenangaben vom Original. -

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

Oktober 1989

Deutsche Bundesbank
- Zentralbankrat -
Postfach 10 06 02
6000 Frankfurt 1

```
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
x Mitempfänger: x  
x Deutscher Bundestag x  
x Europa-Parlament x  
x mehrere Institutionen x  
x und Einzelpersonen x  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
```

GLASNOST und PERESTROIKA in der WÄHRUNGSPOLITIK

Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank

Sehr geehrte Herren,

(Damen kann ich ja nicht erwähnen, da es ja wohl keine in Ihrem Gremium gibt), ich wende mich speziell an die Mitglieder des Zentralbankrates und nicht allgemein an die Bundesbank in der demokratisch legitimen Erwartung, daß Sie als Mitglieder des obersten Bundesbankorgans die in diesem Schreiben formulierten Fragen nicht ausweichend oder mit Schweigen beantworten. Ich verknüpfe mit diesem Schreiben die Hoffnung, daß eine in- und ausländische fachlich oder politisch betroffene Öffentlichkeit in dem unten folgenden Fragenkatalog ihr Anliegen sich spiegeln sieht und Ihre Antworten als Grundlage eines weiteren Klärungsprozesses bei der Bundesbank abrufen.

Der Hintergrund und die Motive meiner Fragen:

a) politisch allgemein

Ich stehe wohl nicht allein, wenn ich behaupte, daß die Disharmonien in den einzelnen Volkswirtschaften in West und Ost und in der Weltwirtschaft insgesamt wesentlich von den Mängeln der Währungsordnungen verursacht werden. Unter der Bedingung marktwirtschaftlicher Verhältnisse kann eine schlechte Wirtschaftspolitik eine gute Währungspolitik nur unwesentlich stören, aber umgekehrt kann keine noch so gutgemeinte Wirtschaftspolitik die Mängel einer Währungsordnung kompensieren. Daraus folgt: Die Tätigkeit des BB-Direktoriums und des Zentralbankrates hat unter den gegebenen Voraussetzungen eine größere Bedeutung als die der Wirtschaftsminister und Wirtschaftspolitiker. Nun kann sich die bundesrepublikanische Währungsordnung und Währungspolitik ja im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen, aber von einem annähernd zufriedenstellenden Zustand kann dabei nicht die Rede sein. Die Optimierung unserer Währungsordnung scheitert ja nicht nur an politischen Interessengegensätzen, sondern in der Hauptsache an den Unklarheiten in der Währungstheorie, die es - trotz ideologischer Verfestigungen - zu beseitigen gilt.

b) politisch, speziell:

Wenn ich nicht versuche mir die Antworten an Hand allgemeiner Literatur selbst zu geben, dann hauptsächlich, weil ich hier einen ordnungspolitischen Klärungsbedarf sehe und ich aufgrund meines demokratischen Selbstverständnisses meine, daß jeder von Ihnen persönlich aufgrund seiner Funktion bei dieser Klärung mitzuwirken hat. Es geht aber auch darum, ob Sie eine vergleichbare Schuld auf sich nehmen wollen, wie Ihre verblichenen Kollegen, die in der Reichsbank zwischen den beiden Weltkriegen für die Zerstörung der Währung als Grundlage jeder arbeitsteiligen Gemeinschaft und somit wesentlich für den Sieg des Nationalsozialismus verantwortlich waren. Die Schuld der Notenbankverantwortlichen wirkt sich heute (international) anders aus als in der Zeit zwischen Kaiser und Hitler. Nur die Zahl der Toten, Hungernden und um ihr Glück betrogenen Menschen dürfte heute aufgrund fehlerhafter Währungsordnungen weltweit größer sein als damals. Der Klärungsbedarf ist aber auch gegeben im Hinblick auf die mögliche Gründung einer westeuropäischen Zentralbank. Und wird die Klärung geleistet, so ist sie gleichzeitig die beste Entwicklungshilfe, die man den Entwicklungsländern und den sich wandelnden Ländern des Ostblocks angedeihen lassen kann. Wenn die Notenbanken heute noch friedlich, fast ohne Massenproteste ihre Geschäfte verrichten können, dann liegt das wohl daran, daß den meisten Menschen die Währung ein Buch mit sieben Siegeln ist und nicht daran, daß Sie so gute Arbeit leisten. Die Knackpunkte werden in

den gängigen Aufklärungsschriften nicht vermittelt.

c) persönlich:

Ich kann mich Volkswirt und Bankkaufmann nennen. Das ist, wie Sie sicher selber wissen, aber noch kein Ausweis für Kenntnisse in Währungsfragen. Ich bin vertraut mit der Freiwirtschaftsschule (die erst heute zögerlich von der offiziellen Wirtschaftswissenschaft entdeckt wird) und bekleide „nur“ das Amt des Hausmannes. Aus persönlicher Betroffenheit, sozialem Mitempfinden, politischer Wachheit und theoretischer Distanz besteht meine Plattform, von der aus ich Ihnen zurufe, daß Sie Ihren Beitrag zur Klärung der Währungsprobleme leisten sollen, sowohl aus staatsbürgerlicher Pflicht heraus, aus christlicher oder humanistischer Gesinnung oder einfach nur, um den Anforderungen Ihres gut bezahlten Jobs gerecht zu werden. Diese Angaben sollen mich - während Sie auf der beleuchteten Bühne sitzen - im Dunkel des Zuschauerraumes sichtbar machen. Und um bei diesem Bilde zu bleiben:

Meine Plattform ist - von der politischen Wirksamkeit hergesehen - nur ein wackeliger Stuhl und ein Mikrophon steht mir auch nicht zur Verfügung. Kann das aber für einen Bürger ein Grund sein, einfach den Mund zu halten und nicht zu versuchen, neue Stichworte in eine, wie mir scheint oberflächliche, verschleiernde, im Kreise sich drehende Diskussion um Währung und Wirtschaft einzubringen, damit sie eine neue Qualität erhält?

Auslöser der Fragen sind:

- a) der Wandel der Staaten im Osten,
- b) die Verschuldungsproblematik in allen Sektoren in allen Volkswirtschaften,
- c) eine Diskussion um die Giralgeldfrage in der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ (s. Anlage) und
- d) „Unser Geld - Ein Heft für die Schule, Ausgabe 1989/90“, das unter Mitwirkung der Bundesbank produziert wurde.

Zitate zur Einstimmung

1) „Leider oder Gott sei Dank, wie man's nehmen will, ist die Marktwirtschaft ausserordentlich strapazierfähig. Man kann eine Reihe von Dummheiten und systemwidrige Eingriffe machen, ohne dass sie zu funktionieren aufhört. - Aber es ist durchaus nicht empfehlenswert, von dieser Strapazierfähigkeit der Marktwirtschaft einen allzu weitgehenden Gebrauch zu machen.“ Alexander Rüstow

(zitiert nach einem Vortrag von Hans Hoffmann, Bern, gehalten am 14. 10. 1989 über "...Grundlagen zur Urteilsbildung-..", 7. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft)

2) „Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone maschieren.“ Silvio Gesell

(zitiert aus: „An die Überlebenden - Gedanken Silvio Gesells, eingeleitet und zusammengestellt von Friedrich Salzmann, Bern 1945)

3) „Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.“ Thomas Jefferson, (1743-1826)

Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritter Präsident der USA

(zitiert aus: „Usura - Cantos XLV und LI" von Ezra Pound, herausgegeben von Eva Hesse, 1985)

4) „Die Ausgabenfreudigkeit und Nachgiebigkeit der Parlamente gegenüber solchen Gruppen, die vom Staat Unterstützungen Vergünstigungen oder Kredite verlangen, wächst im Quadrat mit der Nähe des Wahltermins; ... meist jedoch ohne konkrete Vorstellungen darüber, was die Summe ihrer und aller sonstigen Maßnahmen zur Steigerung und Fixierung von Ansprüchen an das Sozialprodukt für die Währung bedeutet.“ Günter Schmölders

(„Die Politiker und die Währung", 1959, S. 9)

5) „Ebenda, Genossen, kommen wir zu der Kernfrage der gegenwärtigen Lage in der Wirtschaft: zum Zustand der Finanzen, zum Geldumlauf, zum bilanzierten Verhältnis zwischen Waren und Geldmitteln. ... Leider ist es uns nicht gelungen, die Sachlage in der Finanzwirtschaft und bei der Geldzirkulation zu verbessern.“ ...

„Doch wenn wir besser leben, die Dinge besser gestalten wollen, dann müssen wir lernen, konstruktiv zu denken.“ ...

„Spricht man in praktischer Hinsicht, so sind die Sicherung der Ausgeglichenheit des Marktes und die Regelung der Finanzbeziehungen die unaufschiebbarste und akuteste Aufgabe des Zentrums.“... Michail Gorbatschow

(„Das intellektuelle Potential der Perestroika erweitern - Rede von Michail Gorbatschow", Dokumente von "Sowjetunion heute" Febr. 1982)

6) „Frühstück statt Hungerlohn - Brasilianische Arbeiter ziehen wegen Inflation Lebensmittel vor“ Schlagzeile der Frankfurter Rundschau vom 25.7. 1989

7) „Die Lösung des Inflationsproblemes ist für Jugoslawien die dringendste Aufgabe.“

Marjan Senjur

(Nichtwörtliches Zitat aus einem Referat von Marjan Senur,
Professor an der Universität Laibach, Slowenien,
gehalten am 14. Okt. 1989 innerhalb der
7. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft)

8) „Bereits Lenin bemerkte, daß der Kampf der Systeme letztlich auf dem Gebiet der Ökonomie entschieden wird.“

Frank Tellkamp

(aus dem Bericht, der unter der Schlagzeile „'Jetzt hat die Idee Löcher bekommen' -
Der Arzt Frank Tellkamp stellt vor 100 000 Demonstranten in Dresden
Sozialismus in Frage“ von der HAZ am 28. Okt. 1989 veröffentlicht wurde.)

I. Fragen mit Schwerpunkte zur Währungsverfassung im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der § 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (zitiert aus „Unser Geld“) lautet:

„Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und Ausland.“

Die unterschiedlichen Begriffe von Notenbank und Geschäftsbank bezeichnen unterschiedliche Funktionen dieser Institutionen in der Gesellschaft (Wirtschaft). Von dieser Systematik hergesehen ist die Kreditversorgung der Wirtschaft eindeutig die Aufgabe der Geschäftsbanken. Da, wo die Notenbank gleichzeitig als Geschäftsbank auftritt, muß sie doch zwangsläufig mit ihrer Aufgabe, die Währung zu sichern, in Kollision geraten.

1. Frage:

Ist der §3 des Notenbankgesetzes nicht für eine rechtsstaatliche Institution, die zudem defacto ein markwirtschaftliches System sichern helfen soll, zu zwiespältig formuliert?

2. Frage:

Erfordert die Geldversorgung und die Sicherung des Geldumlaufes und des Preisniveaus nicht einen klareren Auftrag gemäß Art. 73 Ziffer 4 des Grundgesetzes durch den Bundestag für die Bundesbank und ihre strikte Beschränkung auf die Funktionen einer Notenbank?

3. Frage:

Ist es nicht unlogisch und gesetzeswidrig, wenn der Auftrag der Bundesbank die Regelung des Geldumlaufes ist, sie es aber trotzdem als selbstverständlich ansieht, daß das Geld zur Wertaufbewahrung benutzt wird, also aus dem Umlauf herausgenommen werden darf?

Der Gesetzgeber hat (richtigerweise) einen Zusammenhang zwischen dem Geldumlauf und der Sicherung der Währung (Preisniveaustabilität) gesehen. Als Umlaufsicherung dienen heute neben dem normalen Bedarfsdruck (da, wo starke Bedürfnisse durch Einkommen zum Bedarf, zur Nachfrage werden) die dosierte Inflation und der Zins. Die Nachteile der beiden Umlaufsicherungsarten Zins und Inflation müßten Ihnen speziell und anderen Notenbankleitungen und Wirtschaftspolitikern allgemein ja zur Genüge bekannt sein, obwohl man es manchmal bezweifeln kann. Denn wie ist es sonst möglich, daß

a) Notenbankleitungen durch die Handhabung dieser Instrumente nicht in - durch Schuldgefühle ausgelöste - Depressionen versinken und in Psychiatrien landen und

b) diesen Quellen des Unfriedens in und zwischen den Völkern so wenig wissenschaftliche und politische Beachtung geschenkt wird. Die Veränderung des Preisniveaus bewirkt eine fortwährende Verfälschung aller auf Geld lautenden Verträge, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar sind. Und es ist nicht einmal sicher, ob die Zinsnahme verfassungskonform ist. Dabei soll nicht die Funktion des Zinses als Preis für die Überlassung von Liquidität in Frage gestellt werden. Der Zins erfüllt aber auch seine Preisfunktion wenn er zwischen -1 und +1 pendelt. Sondern es geht um die Frage, ob der Zins als leistungsloses Einkommen, als Ausbeutungsrate und als Investitionsbremse für Unternehmer (nicht für Geldanleger) durch eine fehlerhafte Notenbankpolitik bzw. Notenbankinstrumente künstlich hochgehalten werden darf. (Für alle Fälle füge ich Übersichten zu themenbezogene Arbeiten der Autoren Helmut Creutz und Dieter Suhr bei.)

Nicht gesehen hat der Gesetzgeber offensichtlich den Zusammenhang von Geldumlauf und Vollbeschäftigung. Die Aussage der klassischen Ökonomie, des Say'schen Theorems, daß sich das Einkommen durch die Produktion seine eigene Nachfrage schafft, gilt in der Geldwirtschaft ja nur, wenn daß Einkommen in Form von Geld im vollen Umfang (d.h. ohne Thesau-

rierung / Hortung / ohne Verwendung des Geldes zur Wertaufbewahrung im In- und Ausland) auf dem Markt als Nachfrage auftaucht.

4. Frage:

Wird bei der Bundesbank wenigstens an der Entwicklung von Alternativen gearbeitet, so wie z.B. ein Autounternehmen auch Modelle entwickeln läßt, obwohl sie noch nicht auf den Markt gebracht werden können oder sollen?

5. Frage:

Werden die Umlaufsicherungsmodelle der Freiwirtschaftsschule intern studiert und diskutiert? (Modellübersicht und Literaturhinweise durch die Freiwirtschaftliche Bibliothek - Wissenschaftliches Archiv -, ~~Steenkamp 7, 2930~~ Varel 2)

6. Frage:

Ist es rechtsstaatlich vertretbar, wenn eine staatliche Institution, wie im vorliegenden Falle die Bundesbank, die allen Bürgern, die auf Geld lautende Forderungen haben, durch eine Inflationierung der Währung Schaden zufügt, diesen (mit Ausnahmen) untersagt, sich gegen diese Schäden mit Indexklauseln in den Verträgen zur Wehr zu setzen?

So wie es für marktwirtschaftliche Theoretiker (leider nicht immer für Praktiker) selbstverständlich ist, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung einen eindeutigen Datenkranz bedarf in dem sich die Wirtschaftseinheiten frei bewegen können, so ist es doch auch klar, daß staatliche Institutionen nicht mit Funktionen belastet werden sollen, die privatwirtschaftlich genauso gut oder besser ausgeübt werden.

7. Frage:

Ist es nicht überflüssig neben den Giro netzen der Post, der Sparkassen, der Genossenschaften und der Kreditbanken eines der Bundesbank aufrechtzuerhalten? (Frage minderen Ranges)

Der § 12 des Bundesbankgesetzes lautet (wie Ihnen sicher bekannt, aber für die Mitleser im Wortlaut wiedergeben wird):

„Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Sie ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhän-

gig.“

Eine so widersprüchliche Beschlußfassung dürfte nur einem feuchtföhlichen Kegelverein in vorgerückter Stunde unterlaufen, nicht aber dem Bundestag. Entweder ist die Bundesbank unabhängig und muß bei Verfolgung ihres Auftrages auch auf Kollisionkurs mit der Bundesregierung gehen können oder sie ist weisungsgebunden. Diese Unklarheit des Gesetzes schafft eben doch Abhängigkeiten, die es verbal nicht will. Für die Abhängigkeit spricht doch auch, daß die Direktoriumsmitglieder auf Vorschlag der Bundesregierung bestellt werden. Nach den Darlegungen in der schon zitierten Aufklärungsschrift braucht dadurch die Unabhängigkeit der Bundesbank nicht leiden. Braucht nicht, kann aber doch. Als Herabsetzung dieser Gefahr wird darauf hingewiesen, daß die Regierung für 4 Jahre, die Direktoriumsmitglieder für 8 Jahre gewählt werden. Da hat der Verfasser dieses Argumentes wohl nicht richtig nachgedacht. Dieser Tatbestand erhöht doch die Gefahr. Die jeweilige Bundesregierung, wirkt über die Legislaturperiode hinaus durch die von ihr berufenen Direktoriumsmitglieder noch weiter auf die Notenbank ein, obwohl sie nicht mehr im Amt zu sein braucht. Ich nehme nun gar nicht an, daß es eine Regierung beabsichtigt oder gelingt, gefügige oder käufliche Menschen in der Bundesbank zu plazieren. Der Einfluß ist doch schon dadurch groß genug, daß die Kandidaten nach den wirtschafts- und währungstheoretischen Neigungen der Regierung ausgesucht werden. Bei dem unklaren Notenbankgesetz kann dadurch eine ganz andere Einwirkung auf die Ökonomie erfolgen, ohne daß der Gesetzgeber mitwirken kann. (Daß solche Bestrebungen der jeweiligen Bundesregierung durch die Mitwirkung der parteipolitisch unterschiedlich orientierten Landesregierungen, die über ihr Mitwirkungsrecht bei der Bestellung der Landeszentralbankpräsidenten und somit bei der Zusammensetzung des Zentralbankrates mitbestimmen, konterkariert werden können, lasse ich hier außer Betracht.)

Einen Einfluß auf die Arbeit der Bundesbank nimmt die Regierung aber auch dadurch, daß ihr das Münzregal zugestanden wurde und eine Bindung der Menge der ausgegebenen Münzen an eine Zustimmung der Bundesbank nicht gegeben ist. (Siehe dazu auch in der Anlage „Beklagte, unerkannte und fehlende Bargeldsorgen der Deutschen Bundesbank“ von Oswald Hahn in „Kreditwesen“ 10/87.) Quantitätstheoretisch ist es aber so, daß die Summe der umlaufenden Banknoten- und Münzen-Werte im Verhältnis zu der Menge der Güter und Dienstleistungen das Preisniveau bestimmen. (Daß die Bundesbank die Geldmenge anders definiert, bleibt hier zu recht unberücksichtigt.)

Einen weiteren und zwar großen Einfluß auf die Arbeit der Bundesbank hat die Bundesregierung dadurch, daß sie das Wechselkurssystem (fixierte oder flexible Kurse oder schmutziges Floating) bestimmt. Zum Beispiel im Falle der fixierten Wechselkurse durch Beitritt zum Abkommen über den Internationalen Währungsfonds (IWF), der dieses System bis Anfang der 70er Jahre zwingend und bis zum April 1978 formell vorsah.

„In einem System fester Wechselkurse - wie z. B. im Europäischen Währungssystem - kann die Bundesbank - passiv - gezwungen sein, Devisen am Markt aufzunehmen, um den Wechselkurs der D-Mark innerhalb der zulässigen Schwankungsbreite zu halten, was eine entsprechende Schaffung von Zentralbankgeld im Inland zur Folge hätte.“

So Johann Wilhelm Gaddum, Präsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz in: „Die Geldverfassung in der Bundesrepublik Deutschland“

(zitiert aus: „Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln“ Nr. 51 / 23. Juli 1986)

8. Frage:

Wie hoch ist der jeweilige Anteil des Münz-Geldes und der Banknoten an der Gesamtgeldmenge im Zeitablauf und nach heutigem Stand am ausgegebenen Gesamtwert und zusätzlich gewichtet mit der vermutlich unterschiedlichen Umschlaghäufigkeit von Münzen und Noten?

9. Frage aufgeteilt in:

a) Ist es nicht dringend geboten theoretisch und politisch zu klären und danach gesetzlich zu fixieren, daß es mit dem Notenbankauftrag nicht vereinbar ist, daß die Bundesregierung irgendwelche Vorschriften zu der Art des Devisenaustausches macht, außer, daß die Kurse (Preise) frei sind?

b) Ist es nicht dringend geboten zu klären, daß es mit dem Auftrag der Bundesbank, die Währung zu sichern, nicht vereinbar ist, daß sie interventionistisch auf den Devisenmarkt eingreift?

(Dazu siehe auch Fragen weiter unten.)

So wie die Dinge jetzt liegen, betreibt die Bundesbank Politik mit der Einwirkung auf das Leben jeden Bundesbürgers (und darüber hinaus), ohne daß sie eine demokratische Legitimation dazu hat und zwar - wie mir scheint - in einer rechtlichen Grauzone. Bei der unklaren gesetzlichen Aufgabenstellung der Bundesbank kommt es zu gegenseitigen Übergriffen in den jeweiligen Aufgabenbereich von Bundesregierung und Bundesbank und zwar bei Nichterreichung von ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen.

Um diesen rechtlichen, demokratischen Mißstand zu überwinden sehe ich drei Lösungen:

A) Die Bundesbank wird mit einer erforderlichen Mehrheit des Bundestages (oder durch einen Volksentscheid) in den Rang einer vierten von den anderen unabhängigen Gewalt gehoben. Wobei die Organe dieser Gewalt (Direktorium und Zentralbankrat) nach demokratischen Regeln gewählt werden.

B) Die Bundesbank wird zu einem Ministerium der Bundesregierung umgestaltet. Der Notenbankpräsident wird zum Notenbankminister.

C) Die Bundesbank erhält den Charakter einer regierungsunabhängigen Behörde, die an klar definierte und langfristig geltende Regeln gebunden wird. Ihr wird kein Spielraum für politisches Gestalten nach eigenem Gutdünken zugestanden und sie wird der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Zur Lösung A):

Die Währungsmacher haben defacto mehr oder weniger in der Geschichte als von anderen Gewalten unabhängige Gewalt bestanden, wenn die Münze nicht mit dem Fürsten oder Königsthron zusammenfiel. Diese Gewalt wurde ausgeübt in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge oder gerade in deren Kenntnis. Kristjan Jurjewitsch Rakowskij, Sowjetbotschafter in Paris soll in einer Vernehmung der GPU am 26. 1. 1938 gesagt haben, daß das Volk nach der Französischen Revolution – deren 200. Jahrestag ja ausgiebig gefeiert wurde - siegestrunken davon, den König, die Privilegierten und ihre Macht gestürzt zu haben, nicht bemerkt hat, daß Fremde, Kenner der Materie sich das königliche Privileg, Münzen zu prägen, angeeignet hatten und damit das Volk um die Früchte der Revolution betrogen hätten. Frei zitiert nach Josef Landowsky „Rakowskij Protokoll“. Die Frage, ob dieses Protokoll echt ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle, denn wer die Geschichte mit einem Bewußtsein für Währungsfragen durchsieht, kommt mehr oder weniger für alle Zeiten zum gleichen Schluß wie Rakowskij für die Zeit nach der Französischen Revolution. In einem mir vorliegenden Info wird der heute lebende Hans-Christoph Binswanger (Professor für Ökonomie) wie folgt zitiert:

"99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als 'nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich."

Der Parlamentarische Rat als verfassungsgebende Versammlung hat 1949 die Grundrechte beeinträchtigenden Probleme der Währungsordnung auch nicht gesehen, sonst hätte er den Artikel 88 des Grundgesetzes wohl nicht nur mit dem mageren Satz formuliert: Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Aus Blickrichtung des genannten demokratischen Legitimationsdefizites und unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß Währungsfragen auch Machtfragen sind und unter der Voraussetzung, daß die Notenbankleitung keinem Regelwerk unterworfen werden kann und ihr daher politische Gestaltung zugestanden werden muß, ist es durchaus sinnvoll der Notenbank den Rang einer vierten Gewalt zu verleihen. Die Notenbankleitung müßte dann aber nicht nur demokratischen Wahlen unterworfen werden, sondern auch konkreter Haftung für Schäden, die sie anrichten kann.

(In einer Tagung der Ev.Akademie Loccum wurde der Vorschlag gemacht, den Ökonomen für jeden Prozentpunkt Arbeitslosigkeit die Gehälter um 10% von der Ausgangsbasis zu kürzen. Eine solche Rückkoppelung der Wirkung an die Verursacher ist bei den Notenbankleitern viel sinnvoller, weil die Verursacher und ihre Wirkung eindeutiger identifizierbar sind und dieses sowohl in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, wie auch in Bezug der Geldwertstabilität. Und da die Deflation volkswirtschaftlich verheerender ist als die schleichende Inflation, müßten hier die Gehaltskürzungssätze auch höher liegen. Eine solche Rückkoppelung empfiehlt sich für alle denkbaren Modelle für Notenbankverfassungen. Sollte unter diesen Bedingungen bei einem bestimmten Modell niemand mehr bereit sein, die haftungsverbundene Leitung zu übernehmen, dann haben wir es mit Gewißheit mit einem untauglichen Modell zu tun.)

Zur Lösung B):

Rechtlich und demokratisch wäre es auch eine saubere Lösung die Notenbank zu einem Bundesministerium zu machen. Die Probleme liegen hier in der Begehrlichkeit der Politik, unter dem Druck, Wahlen gewinnen zu wollen, ist die Gefahr zu groß, ohne Rücksicht auf die Geldwertstabilität, über die Notenpresse Wahlgeschenke zu finanzieren. (Siehe Zitate zur Ein-stimmung Nr. 4)

Zur Lösung C)

Dieses Modell halte ich für demokratisch legitim, sachlich richtig und politisch für wünsch-bar. Es strapaziert nicht das Instrument demokratischer Wahlen, läßt keinen Platz für Dema-gogie, erlaubt Kontinuität und ermöglicht eine Reduzierung des organisatorischen Aufwandes und der Kosten der Notenbanken. Voraussetzung dieses Modells ist aber, daß die in der realen

Währungspolitik und in der offiziellen Volkswirtschaftslehre vorhandenen Theoriedefizite ausgeglichen werden.

10. Frage aufgeteilt in:

- a) Teilt der Zentralbankrat meine Kritik an dem Bundesbankgesetz?
- b) Sind meine Bedenken bzgl. der Einflußnahme der Bundesregierung auf die Bundesbank berechtigt?

11. Frage:

Welcher der vorgestellten Lösungen (A, B oder C) würde der Zentralbankrat den Vorrang geben, wenn er sich aufgrund politischer Umstände dazu gezwungen sähe?

II. Fragen aufgrund unklarer Begriffe und negativer Wirkungen praktizierter Währungs- und Wirtschaftspolitik

Wir erleben den gesellschaftlichen Umbruch der osteuropäischen Staaten. Wir sind dabei die westeuropäischen Volkswirtschaften zu einem Binnenmarkt zu machen. Wer Augen und Ohren nicht verschließt, kann nicht nur die zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer, sondern auch jene der USA und der BRD feststellen. Es handelt sich nicht nur um eine Verschuldung der Staaten, sondern auch um jene der Unternehmen und der privaten Haushalte mit steigender Tendenz. Die Kehrseite davon ist die immer größer werdende Vermögenskonzentration auf immer weniger Menschen, die aus meiner Sicht eindeutig monetäre Ursachen hat. Die Gefahr dabei ist, daß sowohl die Marktwirtschaft wie auch die Demokratie aus den Angeln gehoben wird. Da unsere sozialökonomischen Verhältnisse im Vergleich mit jenen der osteuropäischen Länder aber trotzdem noch goldig sind, ist es kein Wunder, daß von dort aus die Probleme des Westens nicht gesehen oder heruntergespielt werden. Es scheint für die Menschen in den osteuropäischen Staaten politisch nicht leistbar zu sein, den Westen auf vermeidbare Probleme, die er trotz überlegener Ökonomie und einen erreichten höheren Freiheitsgrad hat, abzuklopfen ohne seine die politische Dynamik unterstützende Modellfunktion für die eigene Region in Frage zu stellen.

Verdrängt wird im Westen wie im Osten, daß der Sozialismus der Versuch war, den lebens- und freiheitsfeindlichen Kapitalismus zu überwinden. Daß dieser Versuch letztendlich noch

lebensfeindlichere Ergebnisse zu Tage förderte als jene, die es zu überwinden galt, lag nicht am bösen Willen der Sozialisten, sondern an ihrer ideologischen Blindheit gegenüber der falschen Kapitalismustheorie des Marxismus.

Der „Sozialismus“ wurde im Osten unangreifbar, weil man ihn zum Staatsprinzip erhob und im Westen wurde der Kapitalismus geschützt durch die sprachliche Gleichsetzung mit der Marktwirtschaft. Die westlichen Völker wurden verdimmt. Weil sie Marktwirtschaft wollten, stützten sie immer die Kräfte, die Kapitalismus meinten.

Marktwirtschaft ist eindeutig ein dezentrales Wirtschaftssystem, bei dem die Koordination und Kooperation der einzelnen Wirtschaftseinheiten nicht über einen zentralen Plan erfolgt, sondern über vielfältige Märkte, über Angebot und Nachfrage mit einer freien Preisbildung und dem Wettbewerb. Voraussetzung für eine problemlose Marktwirtschaft ist eine funktionsgerechte Währung mit einem einkommensneutralen Geld.

Kapitalismus ist dem gegenüber die Möglichkeit Einkommen ohne Leistung aufgrund von natürlichen oder künstlichen Monopolen zu beziehen. Kapitalismus ist also Privilegien- und nicht Leistungswirtschaft. Er hat seine Ursache nur dort im Eigentum, wo es sich um den Boden und seine Schätze handelt und wird nach Erkenntnissen, die bis in die Antike zurückreichen und in der Neuzeit besonders von Proudhon und Gesell niedergeschrieben wurden, erst durch Währungen möglich, die in ihrer Grundkonstruktion ein biblisches Alter haben. Entsprechend alt sind die Probleme. Im übrigen kann man auch bei Marx nachlesen, daß die Ausbeutung nicht im Eigentum an Produktionsmittel begründet ist, sondern im Geld. Im schon genannten Rakowskij-Protokoll heißt es dazu, daß Engels und Marx diese Wahrheit im Interesse der Revolution „camouffieren“ (tarnen) mußten. Es wäre durchaus wissenswert, ob eine ideologiefreie Marxismusforschung diese Aussage bestätigen kann.

12. Frage:

Sind Sie sich des Zwiespaltes bewußt in einer Institution Ihr Brot zu verdienen, die auf der einen Seite durch die Bereitstellung von Geld eine segensreiche arbeitsteilige Wirtschaft ermöglicht, aber auf der anderen Seite dadurch, daß sie kein einkommensneutrales Geld, dem der Wettbewerbsvorteil gegenüber den Waren im Markt genommen wurde, zur Verfügung stellt, die Hauptstütze des Kapitalismus ist und - im Sinne der monotheistischen Religionen gesprochen - jeden von Ihnen zum Helfer des Teufels macht?

13. Frage aufgeteilt in:

- a) Versucht die Bundesbank sich durch interne Studien Klarheit über diese Zusammenhänge zu schaffen?
- b) Hat (oder beabsichtigt) die Bundesbank zu dem Thememkomplex Forschungsaufträge zu vergeben?
- c) Ist der Bundesbank bekannt, ob der Bundesforschungsminister dazu Forschungsaufträge vergeben hat? Wenn ja:
- d) Wieviel Prozent vom Gesamtforschungsetat macht diese Dotierung aus?

In diesen Tagen, wo viele junge DDR-Bürger, deutsche wie wir, in die BRD flüchten können oder den Mut zur Opposition in der DDR finden, wird viel vom Starrsinn der SED-Führung gesprochen. Zu fragen ist aber doch, ob der Starrsinn in der Politik nicht nur drüben sondern auch hüben eine Dominante ist? Haben nicht auf beiden Seiten die Feiern zur Gründung der jeweiligen Republik dazu gedient, Probleme zu verdrängen und die Verfehlung der ursprünglich gesteckten Ziele zu vertuschen? Die Flucht führt bei uns nicht über die Grenze, sondern zu den „Radikalen“ und in die Verweigerung. Von der in der DDR ausgebrochenen heilsamen Unruhe ist bei uns in der BRD noch nichts zu spüren. Der inzwischen zurückgetretene Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, soll laut Radiomeldung vom 6. 10. '89 sinngemäß gesagt haben, daß die Entwicklung der DDR negativ beeinflußt worden ist, durch die vom Westen betriebene Spaltung der deutschen Währung. Wenn die Meldung im Kern richtig ist, dann zeigt es, daß der vielgeschmähte alte Mann – der mir nicht mehr wie jüngere westliche Machtträger durch untauglichen Ideologien befangen scheint - eine Vorstellung davon hat, daß die Art der Währung maßgebend für die Effektivität und den erreichbaren Wohlfahrtsstandard einer Volkswirtschaft ist. Honecker scheint aber nicht zu wissen, daß eine funktionsgerechte Währung nur in einem marktwirtschaftlichem System etablierbar ist, da ohne Wettbewerb und freie Preisbildung keine zuverlässigen Indikatoren für die Geldmengenbemessung zur Verfügung stehen und in einer Zentralverwaltungswirtschaft eine Währung nur eine Art Bezugsscheinsystem mit Lotterieverhalten sein kann. Aber Honecker weiß anscheinend genausowenig wie westdeutsche Währungs- und Wirtschaftspolitiker, daß zu einer leistungsfähigen Währung eine marktwirtschaftskonforme Umlaufsicherung gehört, die erst ein neutrales, dienendes Geld ermöglicht. (Literatur zum Thema Umlauf Sicherung: Karl Walker, „Die Technik der Umlauf Sicherung des Geldes“, 1952 und jüngere Beiträge in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“. Siehe Anhang II.4. und III.3.)

Westeuropa steuert auf den Binnenmarkt zu. Die Frage nach einer europäischen Zentralbank taucht immer wieder auf, wird aber höchsten in kleinen Zirkeln oder hinter verschlossenen Türen von Ministerien diskutiert. Noch kleiner wird der Kreis, wenn es um die internationale Währungsordnung geht.

Ich vermute, daß höchstens 1 von 100 Ökonomiestudenten etwas darüber erfahren, was Keynes, Gesell oder Karl Walker in seinen Büchern „Neue Europäische Währungsordnung“ und „Das Welt-Währungssystem“ dazu sagen. Und dabei geht es doch um Dinge, die in das Leben jeden einzelnen Menschen hineinwirken.

Eine Gesellschaft, in der den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung von Währungsfragen und alternative Lösungsmodelle nicht vermittelt wird und die es den betreffenden Menschen nicht ermöglicht, an solche zentralen Entscheidungen, die die materielle Basis der Freiheit berühren, mitzuwirken, kann sich nicht eine demokratische Gesellschaft nennen. Und in einer Weltwirtschaft, in der eine unzulängliche Nationalwährung als Weltwährung mißbraucht wird, wo der Nutzen und der Schaden ungleich verteilt werden, können internationale Störungen und Spannungen nicht ausbleiben.

14. Frage:

Hat die Bundesbank eine Synopse der nationalen (real existierenden und theoretischen) Währungsmodelle und der Modelle einer europäischen Zentralbank erstellt, um sowohl den Bundesbürgern wie auch den Bürgern der sich emanzipierenden Staaten des Ostens eine Orientierungshilfe zu geben?

Zusatzfragen, wenn die 14. Frage mit ja beantwortet werden kann.

- 14. a) In welcher Auflage wurde die Synopse gedruckt?
- 14. b) Wo kann diese Veröffentlichung bezogen werden?
- 14. c) Was kostet diese Informationsschrift?

15. Frage aufgeteilt in:

- a) Was leistet die Deutsche Bundesbank für die Verbesserung des Internationalen Währungssystems?
- b) Neigt die Bundesbank mehr zu:
 - ba) einer Welt-Zentralnotenbank,

bb) einer Welt-Kredit- und -Zentralnotenbank

bc) oder arbeitet die Bundesbank „nur“ daran, die Konvertibilität nationaler Währungen zu vergrößern bzw. zu entstören?

16. Frage aufgeteilt in:

- a) Ist die Bundesbank darauf vorbereitet, wenn auf parlamentarischer Ebene eine europäische Zentral Notenbank beschlossen wird?
- b) Welche Bedingungen stellt die Notenbank an eine solche Gründung und geht sie davon aus, daß sie ihre Bedingungen politisch oder rechtlich durchsetzen kann?

17. Frage aufgeteilt in:

- a) Ist die Bundesbank bzgl. der Währung auf eine Vereinigung der BRD und DDR vorbereitet?
- c) Wie stellt sich die Bundesbank eine gemeinsame Währungsordnung vor?

In der vergangenen Zeit als ein Zusammenhang zwischen Preisniveau und von der Notenbank in Umlauf gebrachtes Geld geleugnet wurde, hatte es eine gewisse währungspolitische Logik, wenn die Bundesbank argumentierte, sie könne nur die Geldwertstabilität sichern, wenn sie dabei von der Regierung, den Arbeitgebern und den Gewerkschaften unterstützt würde. Marktwirtschaftlich gesehen ist eine entsprechende Aufforderung an die Marktteilnehmer unsinnig, denn Ihr Auftrag lautet, ihre Leistungen und Produkte unter Berücksichtigung ihrer individuellen Absatzstrategie so teuer wie möglich zu verkaufen. Bezüglich der Preisniveaustabilität ergibt Unsinn auch dann keinen Sinn, wenn er - wie in diesen Tagen - im gemeinsamen Herbstgutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und vier weiterer Instituten steht.

(Damit ist nicht gesagt, daß es marktwirtschaftlicher Logik entspricht, wenn mit Streik oder der Streikdrohung aus Einzelunternehmen oder Branchen mehr an Lohn herausgepreßt wird, als es die Ertragslage erlaubt oder die Marktdaten signalisieren. Es ist westliche Ideologie, daß der Streik als ökonomisches Instrument ein Recht ist. Der Streik ist aber eine Axt in der Hand eines Holzschnitzers. Den Arbeitnehmern kann man dieses Instrument aber so lange nicht nehmen, solange eine Umlauf gesicherte Währung, die eine Verstärkung der Konjunktur und eine leistungsgerechte Einkommensverteilung ermöglicht, nicht eingeführt wurde. Der Streik

kann Unternehmen in den Konkurs treiben. Der Streik kann auch Produktionsausfälle bewirken und damit über die Gütermengenreduzierung einen Einfluß auf das Preisniveau haben. Dieser Einfluß kann aber durch eine Geldmengenreduzierung der Notenbanken kompensiert werden. Wenn dieses ohne zeitliche Verzögerung passieren soll, ist auch in diesem Zusammenhang auf die erforderliche Umlaufsicherung hinzuweisen.)

Inzwischen gilt ja wieder die Quantitätstheorie des Geldes (für deren Wiedereinführung in die wissenschaftliche und politische Diskussion Milton Friedman 1976 den Nobel-Preis erhalten hat, die aber seit Beginn dieses Jahrhundert Arbeitsgrundlage der Freiwirtschaftsschule ist) und da sind solche Hinweise auf die Verantwortung der Tarifvertragsparteien höchst verdächtig, wir sollten bei institutionellen Regelungen generell die Einsicht berücksichtigen, die John Adams (Präsident der USA von 1797 bis 1801) in folgenden Worten faßte:

„Es ist einfach nicht wahr, dass es je Menschen gegeben hat welche die Allgemeinheit mehr lieben als sich selbst!“ (Quelle wie Nr. 1 der Zitate zur Einstimmung)

Und eine Bundesregierung kann den Geldwert nur auf dreierlei Weise gefährden:

- a) über ihre Münzprägung,
- b) über Notenbankkredite, die mit der Notenpresse ermöglicht werden und
- c) durch Horten und Enthorten von Geld (also ansammeln von Geld außerhalb der Geschäftsbanken und auflösen dieser Geldansammlungen).

18. Frage aufgeteilt in:

- a) Werden vorhandene Geldmengensteuerungsinstrumente falsch angewandt?
- b) Wurden der Bundesbank untaugliche Instrumente zur Verfügung gestellt?
- c) Fehlen der Bundesbank Steuerungsinstrumente?
- d) Hat sich der Bundespräsident bei der Bestellung der Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank nicht von der gesetzlich vorgeschriebenen fachlichen Eignung überzeugt?
(Diese Frage ist weder keck noch provozierend gemeint, sondern ergibt sich zwingend aus der Behauptung, die Leitung der Notenbank würde alleine mit ihrem Auftrag nicht fertig.)

Ich selber vermute gar nicht, daß Sie unfähig sind. Dabei will ich nicht ausschließen, daß es so etwas wie Theoriebefangenheit bei Ihnen gibt und daß der eine oder andere trotz besserer Einsichten einfach weiter macht, um seine persönlichen Pfründe nicht zu verlieren. Wer zum Beispiel die Theoriediskussion um die Wechselkurse vor deren Freigabe verfolgt hat, kann

sich ein Bild machen von der Schwierigkeit währungstheoretischer und -politischer Klärungen. Wilhelm Hankel grollt heute noch, daß für die Loslösung vom Bretton Wood-System „damals Hundertschaften deutscher Ökonomeprofessoren (angeführt vom Präsidenten des Weltwirtschaftsinstituts Kiel, Herbert Giersch) mit Appellen an Regierung und Öffentlichkeit geworben“ haben. „...eine in der Geschichte der politischen Indoktrinationen einmalige Pression, ...“ (Gewerkschaftliche Monatshefte 1/ '88) Ich vermute, daß Hankel die heutigen Devisenmarktinterventionen als einen ungenügenden Ersatz für die alte Bretton-Wood-Regelung ansieht. Ich hingegen denke, eine Notenbank hat nichts auf dem Devisenmarkt zu suchen. Dazu aber mehr einem späteren Abschnitt. Jetzt folgend möchte ich auf ein anderes Problem eingehen. Ich bin davon überzeugt, daß Sie als Notenbankleiter und in Folge alle Wirtschaftssubjekte Opfer eines falschen Begriffes vom Geld und von der Geldmenge sind.

Die Fragen sind, ob Buchgeld auch Geld ist, ob es zur Geldmenge zu zählen ist und ob die Geschäftsbanken Buch- oder Giralgeld schöpfen können. Der Streit darum ist schon alt. Karl Walker konnte seine 1943 erstellte Untersuchung „Das Buchgeld - Ein Beitrag zur theoretischen Klärung“ 1951 veröffentlichen. Sein Angebot, seine Erkenntnisse mit dem von ihm entwickelten Planspiel leicht nachvollziehbar darzustellen, wurde von den Währungstheoretikern und -paraktikern nicht angenommen. Der Widerspruch zur herrschenden Auffassung vom Giralgeld wird bisher nur von einer kleinen Minderheit angemeldet und wird auch nicht von allen Vertretern der Freiwirtschaftsschule mit getragen. Im einzelnen verweise ich auf die als Anlage zusammengeführten Beiträge zum Thema Buchgeld aus der Zeitschrift „Der Dritte Weg“. Meine eigene theoretische Position deckt sich mit jener von Elimar Rosenbohm (ehemals Mitarbeiter der LZB in Niedersachsen) und Helmut Creutz (Wirtschaftspublizist). Ich selber will an dieser Stelle zum Thema Giralgeld nur noch anmerken:

Rosenbohm nennt die Begriffe „Buchgeld“, „Giralgeld“ und „utonome Geld- und Kredit-schöpfung der Geschäftsbanken“ eine folgenschwere semantische Schluderei. Er bezieht sich in seiner Kritik der Geldmengenbegriffe unter anderem auf „Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität – Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem“ von Artur Woll, Bernd Faulwasser und Bernd-Thomas Ramb (Opladen 1977).

In einem Ergebnisbericht (veröffentlicht im Wirtschaftsdienst 1977/XI unter dem Titel „Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität“ von Artur Woll heißt der Schlußsatz: „Wenn das Bargeld in seiner Bedeutung für inflationäre Entwicklungen alle übrigen Geldmengenkomponenten eindeutig überragt, ist der oft - gewollt oder ungewollt - getrübe

Blick für die wirtschaftspolitische Inflationserwartung freigelegt: Für das Ausmaß der Inflation kommt es in erster Linie darauf an, wie viel Bargeld der Produktionsmonopolist Deutsche Bundesbank ausstößt.“

(Nachtrag: Ich erhielt nach Abschluß dieses Schreibens, den Zeitungsartikel „Bargeld stört die Geldmengenspolitik“, den ich der Anlage beifüge.)

19. Frage aufgeteilt in:

- a) Hat die Deutsche Bundesbank die oben zitierte Untersuchung von Woll u. a. überprüfen lassen?
- b) Wenn nein: Warum nicht?
- c) Wenn ja: Mit welchem Ergebnis?
- d) Wenn die Kontrolluntersuchung eine Bestätigung der Untersuchung von Woll, Faulwasser und Ramp gebracht hat, warum zieht die Bundesbank keine Konsequenzen daraus?

Eines der problematischsten Geldmengenregulierungsinstrumente dürfte in rechtlicher und marktwirtschaftlicher Hinsicht die Mindestreserve sein. Die Mindestreserve ist ja ursprünglich gar nicht zur Geldmengenregulierung eingeführt worden, sondern war ja als Liquiditätspolster für die Geschäftsbanken gedacht. Sie wurde 1934 von einem totalitären Staat beschlossen. Der Auslöser war die vorangegangene Bankenkrise, die aber nicht durch Mismanagement der Geschäftsbanken, sondern durch aberwitzige Handlungen der Notenbanken bedingt war. Da war also die Idee, es sei gut, wenn die Geschäftsbanken gezwungen würden, bei der Institution Notenbank, die die Banken vorher in die Illiquidität getrieben hatte, eine Zwangsmindestreserve anzulegen. Die Ursachen und Wirkungen wurden nicht richtig untersucht. Der zweite Fehler war, daß übersehen wurde, daß die umlaufende Bargeldmenge und damit das Preisniveau berührt war, was ja ursprünglich gar nicht Ziel der Maßnahme war. Rechtlich unmöglich ist aber das Verfahren, wenn bedacht wird, daß das Geld, das den Banken von ihren Gläubigern, den Einlegern überlassen wird, legitime Ansprüche auf Güter im Markt sind. Der Staat hat nun via Notenbank einen Teil dieser Ansprüche beschlagnahmt und den Geldumlauf mit zinsbelasteten illegitimen Ansprüchen wieder aufgefüllt. Der Vorgang ist so, als wenn der Verkehrsminister einen Teil der Steuern und Busse beschlagnahmt, einmottet und neue auf Mietbasis wieder in den Verkehr gibt. Da die Mindestreserven unverzinslich bei der Bundesbank gehalten werden müssen und zudem noch einen kostenträchtigen bürokratischen Aufwand erfordern, muß das natürlich die Kredite der Geschäftsbanken verteuern oder die Ertragslage der Banken beeinträchtigen. Helmut Geiger schreibt in „Bankpolitik“ (1975):

„Die hierdurch bewirkte Ertragsbelastung der Kreditinstitute ist mit einer Sondersteuer zu vergleichen, ...“ (S.36)

Wenn es tatsächlich eine Gefahr in Form von Liquiditätsproblemen aufgrund ungenügender Abstimmung der Fristen bei Einlagen und Krediten und Insolvenzen aufgrund von Verlusten bei den Geschäftsbanken gibt, dann kann sie systemgerecht nur über Fristenregelungen im Kreditgeschäft und privatrechtliche Verteilung der Risiken „Verluste“ und „Liquiditätsengpaß“ geben. Und das wird ja auch so gehandhabt. Die Bezeichnung „Mindestreserve“ für die Zwangseinlagen bei der Bundesbank ist ein Etikettenschwindel. Die Umfunktionierung der Mindestreserve zu einem Geldmengensteuerungsinstrument aufgrund einer fragwürdigen Theorie ist keine Glanzleistung der Währungstheorie und -praxis.

20. Frage aufgeteilt in:

- a) Wird die Mindestreservepflicht bundesbankintern problematisiert?
- b) Falls der Bundestag die Mindestreserve abschafft, wie will dann die Bundesbank die Gelder freigeben, ohne das Preisniveau zu gefährden?

Bekanntlich unterscheidet die Bundesbank folgenden Geldmengen:

Bargeld,

Zentralbankgeld / ZBG (Bargeld + Mindestreserven bei der BBk

$M1 = \text{Bargeld} + \text{Sichteinlagen},$

$M2 = M1 + \text{Termineinlagen unter 4 Jahren},$

$M3 = M2 + \text{Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigung}.$

Da der Deich zum Schutze der Klarheit der Begriffe schon mit der ersten Erweiterung des Geldbegriffes über das Bargeld hinaus gebrochen ist, gibt es keinen theoretischen Grund, den oben angeführten Geldmengenbegriffen weitere hinzuzufügen.

21. Frage: Wann kreiert die Deutsche Bundesbank $M4$, $M5$ usw.?

Unabhängig davon welcher Geldbegriff Gültigkeit im Sinne sachlicher Richtigkeit beanspruchen kann. Für die Preisniveaustabilisierung genügen die Rücknahme oder Erweiterung von kleinen Teilmengen des gesamten Geldumlaufes. Ich denke, es gibt genügend Grund alle Geldmengenregulierungsinstrumente von Zeit zu Zeit auf ihre Wirksamkeit und auf ihre Nebenwirkungen zu untersuchen. Karl Walker forderte zu Lebzeiten, möglichst solche Instru-

mente einzusetzen, bei der die Wertschöpfung und Geldschöpfung gekoppelt werden können, wie beim Rediskont von Handelswechseln.

Ich will in diesem Zusammenhang hier nur den Diskont- und Lombardzins ansprechen. Vorweg eine Nebenbemerkung: Auch bei der Erhöhung der Leitzinsen durch die Bundesbank vom 5. 10. 1989 hieß es in den Medien wie z.B. in der HAZ: „Mit einer deutlichen Erhöhung der Leitzinsen will die Deutsche Bundesbank das Konjunktur- und Inflationstempo in der Bundesrepublik bremsen. Ich denke, die Bundesbank hat keine gesetzliche Kompetenz die Konjunktur zu bremsen, sondern nur – wenn auch vage beschrieben - die währungsmäßige Voraussetzung für eine verstetigte Konjunktur zu schaffen. Wenn die Bundesbank die Konjunktur durch hohe Leitzinsen abwürgt und trotzdem das Geld vermehrt (und sei es nur durch eine aufgrund höherer Zinsen bewirkte Reaktivierung der Geldhorte) oder bei der dann einsetzenden Verringerung des Güter- und Leistungsvolumens die Geldmenge konstant hält, dann haben wir eben eine Stagflation oder gar Rezession bei Inflation.

((Das Abwürgen der Konjunktur durch die Notenbank zwingt diese - um Geld und Güter in Gleichgewicht zu halten – bei dem heute angewendeten Instrumentarium die Konjunktur weiter zu würgen. Ohne eine funktionsgerechte Umlaufsicherung erzeugt schon die Rückführung der jährlichen Inflationsrate deflationistische Krisenerscheinungen))

Die Leitzinsen werden also erhöht, um die Nachfrage nach zusätzlichen kleinen Teilmengen von Geld bei der Bundesbank zu bremsen. Die Wirkung ist aber, daß alle laufenden Kreditverträge mit variablen Zinssätzen, alle neuen Kerverträge, alle Rentabilitätserwartungen an getätigten und zur Entscheidung stehenden Realinvestitionen, fast alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Bundes und der Länder davon betroffen werden, ob wohl diese keinen Zusammenhang mit der Preisniveaustabilität haben. Die Erhöhung Leitzinsen ist ein Eingriff in den Verteilungskampf zu Gunsten des Kapitals und zu Lasten der Arbeit (einschließlich Unternehmer ohne Kapitalistenfunktion). Der Vermögenskonzentrationsprozeß einerseits und die Verschuldung der Massen andererseits wird gefördert. Um diese Negativwirkung der Geldpolitik zu vermeiden, müßte die Bundesbank ihren Zinssätzen den Leitcharakter nehmen und nicht mehr mit ihnen dem Kreditmarktzins und den Rentabilitätserwartungen der Investoren voranschreiten. Sie müßte den Zinsänderungen im Markt folgen. Mit den Notenbankzinssätzen folgen zu können und nicht vorangehen zu müssen, ist der Bundesbank aber nur möglich, wenn sie die schon mehrfach angesprochene Umlaufsicherung einführt. Daß die

Notenbankzinsen bei einem solchen Verfahren über jenen Zinssätzen des Kreditmarktes liegen (müssen), ergibt sich daraus, daß erst alles Geld, das von der Notenbank emittiert wurde aber nicht im Umlauf ist durch einen niedrigeren Liquiditätspreis als er für neues zusätzliches Geld gilt, aktiviert werden muß.

22. Frage aufgeteilt in:

- a) Wie schnell und in welchem Umfang folgen die Zinssätze für Kredite der Geschäftsbanken einer Erhöhung der Leitzinsen der Bundesbank?
- b) Wie schnell und in welchem Umfang folgen die Zinssätze für Einlagen bei den Geschäftsbanken einer Erhöhung der Leitzinsen der Bundesbank?

23. Frage:

Mit wieviel Steigerung ist bei der Erhöhung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt rechnen:

- a) bei der Vermögenskonzentration (in % oder Zahlen bezogen auf den Stand z. B. 31.12. 1989) pro Jahr,
- b) bei der Erhöhung des Kapitaleinkommens?

24. Frage:

Mit wieviel zusätzlichen Finanzbedarf pro Jahr ist bei der Erhöhung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt zu rechnen:

- a) bei den Kosten der direkten und indirekten Subvention für Wohnraum (Die Faustregel lautet ja hier: Verteuerung der Finanzierung um einen Prozentpunkt erfordert eine Mieterhöhung um 10%),
- b) bei den Kosten der Agrarsubventionen,
- c) bei den Kosten für öffentliche Investitionen (Schulen, Straßenbau etc.),
- d) bei den Kosten der Verteidigung,
- e) bei der Behebung alter und Vermeidung neuer Umweltschäden, etc.?

25. Frage:

Um wieviel müssen die Tarife für Leistungen der Arbeitnehmer bei Erhöhung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt erhöht werden, wenn sie für gleiche Arbeitsleistung Waren und Dienstleistungen gleicher Quantität und Qualität erhalten sollen?

26. Frage:

Um wieviel nimmt bei der Anhebung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt die Zahl zu:

- a) der Konkurse?
- b) der Zwangsversteigerungen?
- c) der Schuldnerberatungsstellen?

III. Fragen zum internationalen Geldverkehr

=====

Die Außenwirtschaft einer Volkswirtschaft hat ja den Sinn die Binnenwirtschaft zu unterstützen. In der polit-ökonomischen Diskussion hat man aber den Eindruck, daß der Außenwirtschaft, ja sogar nur dem Export, die herrschende Rolle und der Binnenwirtschaft nur die dienende Rolle zusteht. Bei der Bevölkerungsdichte der BRD ist es sicher nützlich außenwirtschaftliche Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften zu pflegen. Es kommt aber auch in diesem Bereich auf das Maß im Bezug auf Umfang und auf das Gleichgewicht bezüglich der Ströme von Waren und Dienstleistungen in beiden Richtungen an. Es ist aber ökonomisch unsinnig und ökologisch gefährlich, wenn ein erheblicher Teil der Güter nicht aufgrund von echten Standort- und Produktionsvorteilen durch die Welt gekarrt werden, sondern aufgrund von Subventionen und Wechselkursen, die weit von den Kaufkraftparitäten abweichen.

Die Exportabhängigkeit der BRD ist von der Deutschen Bundesbank in Zeiten der fixierten Wechselkurse produziert worden. Die Umtauschpflicht der Notenbank von überbewerteten Auslandswährungen in Binnenwährung (hier von Dollar in DM) kann keine anderen Wirkungen haben als:

- a) Subventionierung des Exportes,
- b) Benachteiligung des Importes,
- c) Subventionierung ausländischer Investoren im eigenen Währungsgebiet,
- d) Benachteiligung binnenländischer Investoren im Binnenmarkt,
- e) Inflationierung der Binnenwährung und damit
- f) Vermögensumverteilungen in Milliardenhöhe ohne Mitwirkung des Gesetzgebers.

Bei einem solchen Verfahren kommen aber nicht nur die Märkte für Güter und Dienstleistungen ins Ungleichgewicht und es werden auch nicht nur die Einkommensströme und damit die Vermögensverteilung verzehrt, sondern durch die dadurch ausgelöste Unterbeschäftigung

in anderen Volkswirtschaften und Überbeschäftigung im eigenen Bereich kommt es dann zu der Erscheinung des „Gastarbeiters“ und der Folgeprobleme.

Karl Walker schreibt in seinem 1962 veröffentlichten Buch „Neue Europäische Währungsordnung“ auf Seite 32: „Außerdem: wenn die westdeutsche Wirtschaft heute Investitionen vornimmt, die nur mit der Heranziehung italienischer, griechischer und spanischer Arbeiter besetzt werden können, dann wissen wir nur, daß diese Entwicklung aus der Anomalie der deutschen Zahlungsbilanz hervorgegangen ist; ob und wie und mit welchen Begleiterscheinungen so etwas zurückgebildet und normalisiert werden kann, wissen wir noch nicht. Man sollte sich angewöhnen, immer im Auge zu behalten, daß jeder mitgeschleppte Fehler - und der falsche Wechselkurs ist nun einmal ein Fehler - irgendwann einmal unter dem Strich wieder zum Vorschein kommen wird.“

27. Frage aufgeteilt in:

- a) Wie hoch werden die Subventionen geschätzt, die die Dollarinvestoren, die im DM-Bereich während der Zeit der fixierten Wechselkurse investiert - umgerechnet in heutigem DM-Wert - erhalten haben?
- b) Wie hoch waren die Subventionen für die Exportwirtschaft aus gleichem Grund in der gleichen Zeit?

28. Frage

Welche bundesrepublikanische Institutionen betreibt in ausländischen unterbeschäftigten Volkswirtschaften Aufklärungsarbeit über die währungspolitischen Voraussetzungen für eine Vollbeschäftigung?

So wichtig und richtig es für das störungsfreie Funktionieren einer Marktwirtschaft ist, daß der Staat einen eindeutigen, langfristig geltenden und systemgerechten Datenkranz - eine Rahmenordnung - schafft, so wichtig ist es auch, einzusehen, daß mit staatlichen Interventionen Störungen in Teilmärkten, sei es der Agrarmarkt, der Wohnungsmarkt oder der Devisenmarkt usw. nicht behoben werden können, wenn die Rahmenbedingungen nicht richtig gesetzt wurden und für die Zukunft nicht entstört werden.

So wie die Spekulation von möglichst hohen Kursausschlägen an der Devisenbörse lebt, so kann die Außenwirtschaft aller Länder nur gedeihen, wenn stabile (nicht fixierte) Wechsel-

kurse eine einigermaßen sichere Kalkulationsgrundlage bieten. Nun können ja flexible Wechselkurse durchaus stabil sein, wenn die über den Wechselkurs im Vergleich stehenden Währungen in sich stabil sind und der Devisenmarkt seinen Namen verdient, also nicht gegängelt und manipuliert wird. In einem solchen Fall ist auch das Europäische Währungssystem (EWS), das seinen Namen nicht verdient, weil es nur ein System fixierter Wechselkurse ist (mit bürokratischen Anpassungsregeln an auseinanderdriftenden Kaufkraftparitäten) und die Integration der beteiligten Volkswirtschaften fördern soll, überflüssig. Die Integration könnte besser eine von Karl Walker skizzierte Europawährung (die als offenes System gedacht ist und somit Weltwährung werden könnte) leisten.

Sich ändernde Devisenkurse haben doch den Sinn sich ändernde Bewertungen von Währungen zum Ausdruck zu bringen. Wenn nun die Devisenkurse nicht mehr die Kaufkraftparitäten der betroffenen Währungen zum Ausdruck bringen und außerdem heftig in ihrer Höhe schwanken, dann ist doch zu fragen: Wieso? Es muß doch im Zeitalter der Raumfahrt andere Erklärungsmuster geben als die Hinweise auf psychische und spekulative Momente. Ich selber erkläre es mir so:

- a) Es gibt einen Überhang an Geld auf den internationalen Finanzmärkten, der weder von den Notenbanken mit ihren heutigen Mitteln kontrolliert werden kann, noch für den internationalen Gütertausch benötigt wird. (Dieser Geldüberhang stammt aber nicht von Geldfälschern, sondern von den nationalen Notenbanken.)
- b) Es wird Geld aus Fremdwährungen aus militärischstrategischen oder handelspolitischen Gründen von den Staaten gehortet und enthortet.
- c) Währungen wie Dollar und DM werden in Ländern mit desolaten Währungsverhältnissen unkontrollierbar als Ersatzwährung zweckentfremdet.
- d) Die Notenbanken, die durch Devisenmarktinterventionen eine Kurspflege betreiben wollen, werden mit ihrem Tun selbst Ursache für Kursausschläge, weil die Devisenmarktspekulation nach einiger Zeit der Beobachtung die kommenden Maßnahmen der Notenbanken antizipieren kann.

Wenn man bedenkt, daß eine nationale Notenbank für eine funktionsgerechte und stabile nationale Währung geschaffen wurde und sie zwei sich gegenseitig ausschließenden Aufgaben wie Sicherung des Binnen- und Außenwertes einer Währung nicht leisten kann, dann hat sie funktional betrachtet, an den Devisenbörsen nichts zu suchen. Wenn überhaupt der Versuch einer Minderung der Devisenkursausschläge unternommen werden soll, dann höchsten

durch eine von der betroffenen Außenwirtschaft gegründete oder beauftragte privatrechtliche Institution ohne Notenbankfunktion. Dann kann nämlich nicht der Binnenwert der Währung gefährdet werden und die Interventionen werden durch drohende Verluste begrenzt. Im übrigen ist für die deutsche Außenwirtschaft die beste Kurssicherung, wenn sie in DM fakturiert. Die Herrschaft des Dollars beruht meines Erachtens auf eine fixe Idee, die nur so lange dauert, wie ihr Glauben geschenkt wird. Wichtig ist doch für den Exporteur, was er für seinen Exporterlös im Binnenmarkt kaufen kann.

Auch daran, das Währungsreserven der Notenbanken als ein nützliches Polster zu betrachten sind, ist Zweifel angebracht. In einem System mit fixierten Wechselkursen sammeln sich Devisen bei einer Notenbank mit unterbewerteter Währung automatisch an, sowie es ein automatisches Defizit für Volkswirtschaften mit überbewertete Währungen gibt. Bei flexiblen Wechselkursen können und sollen Notenbanken gar keine „Währungsreserven“ halten. Denn:

- a) sind die Devisen Forderungen auf Güter die im Markt des jeweiligen Fremdwährungslandes sind und einer nationalen Notenbank nicht zu interessieren haben;
- b) sind Devisen, soweit es sich um im Tresor der jeweiligen Notenbank befindliche Sorten (Banknoten ausländischer Währungen) handelt, ein Störfaktor bei der Regulierung der Geldmenge der betroffenen Auslandswährungen;
- c) weder die Notenbank noch die abstrakte Größe Volkswirtschaft sind Schuldner im Ausland, die beim jeweiliger Fälligkeit von Verbindlichkeiten auf eine Devisenpolster zurückgreifen müssen. Schuldner ist entweder der Staat oder es sind öffentlichrechtliche Körperschaften, juristische Personen des Privatrechts, natürliche Personen, und diese müssen sich im System der Marktwirtschaft eben mittels des Bankapparates über den Devisenmarkt die erforderliche auf Auslandswährung lautende Liquidität beschaffen.

Die 53 Milliarden Mark Währungsreserven (Stand Mitte 1989) sind also aufzulösen. Aber wie?

- a) Durch Austausch von DM-Reserven der betroffenen Notenbanken zu einem Kurs der sich an der Kaufkraftparität orientiert. (Es darf eben nicht übersehen werden, daß die DM-Bestände, die außerhalb des DM-Geltungsbereiches gehortet werden oder als Ersatzwährung kursieren, inflationär wirken, wenn sie die Grenze zum Binnenmarkt wieder überschreiten.)
- b) Durch dosierten Verkauf auf dem Devisenmarkt aus dem gleichen Grund wie unter a) und zur Tilgung von Staatschulden, soweit die Währungsstabilität durch die dann folgende

Geldmengenausweitung nicht gefährdet wird.

29. Frage aufgeteilt in:

- a) Wie hoch (aufgeschlüsselt in US-Dollar, Deutsche Mark usw. wird der Geldüberhang auf den internationalen Geldmärkten geschätzt, der nicht dem Güter- und Leistungsaustausch dient?
- b) Hat die Bundesbank oder eine andere Institution Vorschläge entwickelt, wie dieser Geldüberhang abgebaut werden kann?

30. Frage aufgeteilt in:

- a) Wann zieht sich die Bundesbank ganz vom Devisenmarkt zurück und erklärt der Bundesregierung, daß die Kursstützungsaktionen außerhalb und innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) nicht mit ihrem eigentlichen binnenwirtschaftlichen Auftrag, den sie als Notenbank hat, zu vereinbaren ist?
- b) Wann erklärt die Bundesbank, daß ihre EWS-Stützungsaktionen möglicherweise der Außenwirtschaft nutzen aber der Gesamtwirtschaft schaden?
- c) Haben die fixierten Wechselkurse innerhalb des EWS überhaupt einen Sinn, wenn die Kurse der beteiligten Währungen gegenüber Nicht-EWS-Währungen flexibel sind?
- d) Wann und wo hat die Bundesbank erklärt, daß das EWS keine Basis für eine Euro- oder Weltwährung ist?

31. Frage:

Wie hoch wird (nach Ländern gegliedert) der Betrag des Dollar-Bargeldes, der außerhalb der USA

- a) bei den Notenbanken thesauriert,
- b) bei Unternehmen und Privaten gehortet und
- c) als Erssatzwährung umläuft, geschätzt?

32. Frage:

Ist bekannt, wie das us-amerikanische Federal Reserve System mit dem US-Noten-Überhang fertig werden will, der in die USA zurückfluten wird, wenn sich die einzelnen Länder des Ostens und des Südens zu den notwendigen Währungsreformen durchringen und wenn die Nationalwährung „Dollar“ aus ihrer Weltwährungsfunktion durch eine bessere Lösung herausgedrängt wird?

33. Frage:

Wie hoch wird (nach Ländern gegliedert) der DM-Bargeld-Betrag,

- a) der bei den Notenbanken thesauriert ist,
- b) bei Unternehmen und Privaten gehortet wird und
- c) als Ersatzwährung umläuft von der Bundesbank geschätzt?

34. Frage aufgeteilt in:

- a) Hat die Bundesbank sich auf ein mögliches Zurückfluten von DM-Bargeld aus dem Ausland vorbereitet? Wenn ja: In welcher Form?
- b) Wie will die Bundesbank überhaupt in Zukunft mit dem Unsicherheitsfaktor, den die DM-Bestände im Ausland darstellen, umgehen?

IV: Einzelfragen, die die Notenbankpolitik oder Verfassung tangieren

Kaufkraftvergleiche

Bekanntlich haben freie Preise in der Marktwirtschaft eine Lenkungsfunktion. Gebundene oder durch staatliche Förderungen subventionierte Preise bewirken somit eine Fehllenkung. Ob ein Preis für den Anbieter oder den Nachfrager akzeptabel ist, ist ja nicht nur eine Frage der subjektiven Bewertung, sondern vor allem der Überprüfung der Differenz zwischen dem Preis und den im Handelsgut oder Dienstleistung eingegangenen Arbeitswerte bzw. Kosten. Deckt der Preis nicht die Kosten wird es nur in Ausnahmefällen zu einem Vertrag kommen.

Beim Erwerb und Verkauf von Devisen ist für die Beteiligten ebenfalls die Frage, ob der erzielbare Kurs ein akzeptabler Preis ist. Jene Wirtschaftssubjekte, die Güter- oder Dienstleistungen anbieten oder nachfragen, haben ja insofern eine Kontrollmöglichkeit indem sie ihre Kostenrechnungen oder binnenlandische Vergleichspreise mit speziellen Devisenkursen ergänzen, um dann zu sehen, ob ein Im-oder Exportpreis die Kosten und Gewinnerwartung abdeckt. Im EWS, das ja auf Interventionen der Notenbanken angelegt ist, ebenso bei nationalen Beitragsbemessungen für internationale Organisationen, bei internationalen Lohnvergleichen, für den Bereich Tourismus – und welche Bereiche es noch geben mag – dürften Kaufkraftvergleich der verschiedenen Währungen wohl das angemessene Kontrollinstrument sein.

35. Frage aufgeteilt in:

- a) Mit welchen Währungen werden Kaufkraftvergleiche angestellt?
- b) Wenn ja: Wird der Kaufkraftvergleich pauschal für die Währung der betroffenen Volkswirtschaft vorgenommen oder jeweils für die Teilmärkte mit oder ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Subventionen und Steuerlasten?
- c) Welche Ergebnisse zeigen Vergleiche zwischen den Kursen der wichtigsten Währungen und den vorgenommenen Kaufkraftmessungen?
- d) Wäre es nicht sinnvoll, daß in dem Wirtschaftsteil der Zeitungen die Wechselkurse in Verbindung mit den Kaufkraftmessungen ausgewiesen würden?

Kapitalflucht

Es gibt Begriffe, die nichts klären aber die politische Auseinandersetzung vergiften. „Kapitalflucht“ ist ein solcher Begriff. (Siehe z. B. „Kapitalflucht - Umleitung nach Miami“, „stern“ Nr. 41 v.5.10. 1989)

Realkapital (also Produktionsmittel) ist in der Regel sehr immobil und daher zur „Flucht“ nicht geeignet. Das Geldkapital (also das Geld, das von seinem Inhaber nur gegen Zins ausgeliehen oder aufgrund einer Renditeerwartung investiert wird) kann auch nicht fliehen. Denn Währungen gelten doch grundsätzlich (abgesehen von der anomalen Verwendung einer Fremdwährung als Ersatzwährung in einem anderen Land) für den jeweiligen Geltungsbe- reich. Daraus ergibt sich: Wer z.B. aus der Deutschen Mark aussteigen und den Dollar ein- steigen will, muß jemanden finden, der den umgekehrten Weg gehen will. Von einer Flucht kann hier auch nicht die Rede sein. In dem o. a. stern-bericht heißt es u. a.: „Mexikos Regie- rung verhandelt mit Gläubigerbanken bereits seit Monaten über eine drastische Schuldenredu- zierung, weil schon die Zinsen auf die im Ausland gepumpten 100 Milliarden Dollar nicht mehr bezahlt werden können. Mexikaner haben freilich zur gleichen Zeit jenseits der Grenzen in den USA gut 85 Milliarden Dollar gehortet, vor allem, um sie vor der Inflation in Sicher- heit zu bringen, die in Südamerika bis zu 1000 Prozent erreicht.“ In diesem Bericht dürfte der Begriff „gehortet“ sicher falsch sein, da die Mexikaner mit US-Dollar, diese bestimmt „ange- legt“ haben. Aber was nützt es dem Staat Mexiko als Schuldner, wenn einzelne Bürger Dol- largläubiger sind, es sei denn, er hielte es für richtig und traue es sich zu, die privaten Dollar- forderungen zum Zwecke der eigenen Schuldentilgung zu konfiszieren. Ein solches Verfahren würde unter den gegebenen Bedingungen die Ökonomie noch mehr ruinieren und einen neuen Bürgerkrieg heraufbeschwören. Was der mexikanische Staat machen kann, ist, seine Währung

so in Ordnung zu bringen, daß keine Notwendigkeit mehr für mexikanische Unternehmen besteht, ihre Geschäfte in Dollar abzuwickeln und ihre Guthaben in Dollar zu halten.

36. Frage aufgeteilt in:

- a) Was leistet die Bundesbank zur Aufklärung im Zusammenhang mit dem Thema „Kapitalflucht“?
- b) Wo bekennt die Bundesbank, daß es ein legitimes Recht der Bürger aller Staaten ist, sich vor den Auswirkungen der Währungsfuschereien ihrer Notenbanken zu schützen?
- c) Wo hat die Bundesbank verlautbaren lassen, daß es nicht die Kunst einer Regierung ist, die ein stabiles Preisniveau schafft, sondern die Anwendung einfacher Spielregeln durch die jeweilige Notenbank?

Kredite für osteuropäische Länder

Wir erleben den erfreulichen Wandel in den osteuropäischen Ländern, inzwischen einschließlich der DDR und in der UdSSR, die ja mehr als ein europäisches Land ist. Das dieser Wandel auch einen Wandlungsdruck für die BRD erzeugen wird – und zwar nicht nur auf militärischem Gebiet - taucht in den Kommentaren bundesrepublikanischer Medien als Thema noch nicht auf. Da das Bedrohungspotential aus dem Osten sich reduziert werden die politischen Parteien die Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo nicht mehr lange als Fortschritt verkaufen können. Hier im Westen taucht selbstverständlich immer wieder die Frage auf, wie wir den für alle Welt erfreulichen Wandlungsprozeß in Osteuropa fördern können. Sehr schnell fällt dann das Stichwort „Kredite“. Wie bei den Arzneien in der Heilkunst, muß man aber auch bei ökonomischen Rezepten nach den Nebenwirkungen fragen.

Wir haben hier in der Bundesrepublik viele Wirtschaftssubjekte mit großen Bedarf aber Kassen ohne Liquidität und wir haben eine kleine Zahl von Wirtschaftssubjekten mit Kassen hoher Liquidität aber ohne Bedarf, deren Geld nicht zur Nachfrage wird. Dieser Tatbestand ist eine Ursache der noch unterschwellig wirkenden gesellschaftlichen Konflikte, die in beschäftigungspolitischer Hinsicht dadurch immer wieder verlagert wurden, indem daß Geld aus den Kassen ohne Bedarf durch staatlich (nicht marktwirtschaftlich) herbeigeführte hohe Renditen via Großprojekte und Rüstung in den Kreislauf gepumpt wurde. Die Großprojekte lassen sich aufgrund ökologisch sensibilisierter Bürger nicht mehr ohne Widerstand durchführen und die Rüstung als Konjunkturmotor wird unter der Bedingung der Entspannung auch nicht mehr im

alten Umfang zur Verfügung stehen. Unter diesen Voraussetzungen macht es durchaus einen Sinn, wenn sich der Kreditbedarf der östlichen Nachbarn als Ersatz erweist. Mit einer Bürgschaft der Bundesregierung ist die Kreditvergabe an den Osten ein sicheres Geldanlagegeschäft. Soweit Polen etc. mit dem aufgenommenen Geld in der BRD Nachfrage halten, gibt es auch einen beschäftigungspolitischen Effekt. Wo liegt nun aber der Haken? So wie bei anderen Märkten bestimmt auch auf dem Kreditmarkt das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage den Preis. Eine massive Kreditnachfrage muß zwangsläufig den Preis für Liquidität, den Zins hochdrücken. Die Wirkung ist dann genauso, wie weiter oben bei der Leitzinserhöhung beschrieben. Die Unternehmen werden weniger investieren, weil sie nicht wissen, ob sie den höheren Zins für die Finanzierung der Investitionen über höhere Marktpreise hereinholen können. Die Vermögenskonzentration wird beschleunigt und ebenso die relative Verarmung der Massen, die dann als „Belohnung“ noch zusätzlich die Kreditausfälle über höhere Steuern bezahlen dürfen. Hier liegt die Gefahr, das die neue Liebe der Bundesrepublikaner für die Osteuropäer in Abneigung umschlägt, wenn sie den „Schwindel“ durchschauen.

37. Frage aufgeteilt in:

- a) Sehe ich die Zusammenhänge richtig? Wenn nicht: Warum nicht?
- b) Hat die Bundesbank eine Vorstellung davon, wie hoch die Kreditnachfrage aus dem Osten bei uns sein kann, bevor das Zinsniveau um einen Prozentpunkt steigt?

Die Verdächtigungen der Geschäftsbanken durch die mangelnde Transparenz im Währungsbereich und durch die marxistische Kapitalismusanalyse

Es gibt viele Menschen, die das berechtigte Gefühl haben, daß mit dem Geld etwas nicht stimmt. „Wer hat - dem wird gegeben.“ ist so ein Ausdruck dieses Unbehagens. Früher, als im dominierenden Maße Juden das Kreditgeschäft repräsentierten, wurde die Ursache der Bedrückungen, die das Geld in seiner geltenden, im Prinzip uralten Verfassung verursachte bei den „Geldjuden“ vermutet und auf alle Juden übertragen. Heute wird die Ursache dieses Unbehagens bei den Geschäftsbanken vermutet. Da es die Geschäftsbanken sind, die von den Kreditnehmern höhere Zinsen nehmen (müssen), die Unternehmen bei konjunkturbedingten Umsatzeinbußen evtl. keine Kredite gewähren usw. ist dies auch keine Wunder. Da bei uns die politische Opposition außerhalb der Parlamente dominierend marxistisch war, kam immer wieder der Ruf nach Verstaatlichung der Banken. Obwohl die Privatbanken nur einen Drittelanteil am Markt haben, ist diesen Kritikern nie aufgefallen, daß das Unbehagen am Geld-

wesen wohl andere Ursachen haben muß als die Eigentumsverhältnisse bei den Banken. (Siehe Anlage: „Macht der Banken überschätzt“, Bericht der HAZ vom 30. 9. 1989). Selten hat sich ein Jude oder ein Banker durchgerungen, den Ursachen des Unbehagens wirklich auf den Grund zu gehen. (Deutungsversuche in der richtigen Richtung liegen mir auszugsweise aus Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute, Leipzig 1900 vor, die ich dem Anhang beifüge.) Das politische Spektrum der Bankenkritiker ist sehr breit. Von Henry Ford liegt mir ein Zitat ohne Quellenangaben aus den 20er Jahren vor, das wie folgt lautet:

„Der Krieg kann nicht eher abgeschafft werden, als die ihn verursachenden Übel entfernt sind, zu denen in erster Linie die falsche Geldwirtschaft samt ihren Hohenpriestern gehört.“

Hier wird wieder das berechtigte Unbehagen am Geldwesen formuliert, aber anstatt einer Analyse zu formulieren (Das mag Ford an anderer Stelle gemacht haben. Ich weiß es nicht.) werden wieder nur Verdächtigungen ausgesprochen. Die Hohenpriester können dabei, die Geldtheoretiker in den Hochschulen sein, der Leser kann sie aber mit Direktoren und Aufsichtsräten von Geschäftsbanken, Notenbanken oder gar Juden gleichsetzen. Dies hilft in keiner Weise weiter. Da, wo Strukturfehler in den gesellschaftlichen Institutionen eingebaut sind und eine negativ wirkende Nutzung ermöglichen, kann nicht erwartet werden, daß eine solche Nutzung unterbleibt, besonders dann nicht, wenn die Nutzung als „normal“ legalisiert ist oder die individuelle Zurückhaltung den eigenen wirtschaftlichen Untergang bedeuten kann. Verdächtigt wurden die Banken aber nicht nur von privater Seite aus, sondern auch von staatlicher, denn sonst wären die unzähligen Gesetzesnormen, die das Bankgeschäft reglementieren gar nicht erklärbar. Wenn Raiffeisen und Schulze-Delitzsch die Vorgänge um die Gründung der Ökobank mit den Anforderungen an Eigenkapital und Qualifikation für die Leitung hätten wahrnehmen können, sie hätten sich sicher aus Widerwillen im Grabe umgedreht. Schaut man aber geauer hin, dann ist es gar nicht schwer, die eigentlichen Ursachen in den Währungsverfassungen und ihre praktische Anwendung zu finden. Es ergibt sich dann fast von selbst, nicht eine Verstaatlichung der Banken zu fordern, sondern umgekehrt eine Umwandlung aller staatlichen und öffentlich-rechtlichen Banken (bis auf die Notenbanken) zu fordern. Denn für einen freiheitlichen Rechtsstaat ist nicht nur die Gewaltenteilung auf staatlicher Ebene erforderlich (In der BRD haben wir auch hier einen Nachholbedarf.), sondern es ist genauso wichtig eine Funktionsteilung zwischen dem staatlichen Bereich der Gesellschaft und dem ökonomischen, zu dem ich selber auch das soziale Sicherungsnetz zäh-

le, vorzunehmen.

(Die von der, Anthroposophie inspirierten Dreigliederungs-Befürworter würden ergänzen wollen, daß als dritter Bereich der Gesellschaft neben Staat und Wirtschaft die Kultur zu benennen wäre. Ich selber denke hingegen, daß die Kultur ein integrierter Bestandteil aller Teilordnungen sein muß und der dritte gesellschaftliche Bereich mit dem christlichen Begriff der Nächstenliebe oder dem sozialistischen Begriff der Solidarität (der oft fälschlich als Synonym für Zwangskollektiv mißbraucht wird) zu benennen wäre, daß also dem dritten gesellschaftlichen Bereich der nichtökonomische Leistungsaustausch und das Schenken zuzurechnen ist.)

Ich verweise auf meinem in der Anlage IV befindlichen Beitrag „Neuordnung des Bankwesens“, vom März 1977. Selbstverständlich würde sich das Gesicht und das Geschäft der Banken in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft ändern. Die Banken wären noch weniger, als dies heute schon der Fall ist, in der Lage, ihren Ertrag ausschließlich aus der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen zu erwirtschaften. Und in einer gesicherten Ökonomie mit einer leistungsgerechten Einkommensverteilung würde sich das Einlagen- und Kreditgeschäft auch dadurch verändern, daß Private mit einem Teil ihrer Rücklagen sich zum Zwecke persönlicher Gestaltung ihres sozialen oder kulturellen Umfeldes ohne Umweg über den Bankapparat an der Finanzierung von Projekten beteiligen, die bei Banken aus objektiven oder subjektiven Gründen als „nicht kreditwürdig“ durchfallen. (Dies geschieht in einem geringen Umfang durch die Netzwerke bereits heute.) Mit anderen Worten: Die Banken würden eine neue Konkurrenz erhalten.

Das die Geschäftsbanken zur eigenen gegenwärtigen Entlastung und Zukunftsorientierung auf diesem Gebiet keine Klärungsarbeit betreiben oder finanzieren, ist nur mit der generell festzustellenden ordnungspolitischen Orientierungslosigkeit zu erklären.

38. Frage

Wird in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bundesbank über das Thema „Ursachen oder Schuldzuweisungen bzgl. der Störungen im monetären Sektor“ und „Die Banken in einer nach kapitalistischen Wirtschaft“ gearbeitet?

Börse und Währung

Marktwirtschaftlich gesehen ist erforderlich, daß Anteilseigentum an Unternehmen und andere Wertpapiere ohne große organisatorische Hemmnisse und staatliche Gängelungen den Eigentümer wechseln können. Diesen Wechsel zu leisten, ist die Aufgabe der Börse, nicht mehr oder weniger. Wenn nun aber ein Gerücht oder die Blähungen von Maklern an der Börse die Chefetagen von Aktiengesellschaften in Aufruhr versetzen, privaten Anlegern den Schlaf oder gar die Existenz rauben können und die Wirtschaftsminister veranlassen, zu verlangen, daß eine Kabinettsitzung einberufen wird, dann stimmt entweder etwas mit der Börse selbst oder mit dem ordnungspolitischen Rahmen, in dem sie wirkt, nicht.

Stellen wir uns ein Flugzeug vor, dessen Auftriebskräfte durch Turbulenzen, die das Fahrwerk verursacht, /immer wieder gebrochen werden. Es ist doch klar, daß in einem solchen Fall sehr schnell das Fahrwerk ausgewechselt würde, und wenn der betreffende Konstrukteur nicht in der Lage wäre, für das neue Fahrwerk die Konstruktionszeichnungen zu liefern, dann würde er - wenn er nicht ein Beamter wäre - sehr schnell zum Teufel gejagt werden. Der Vergleich mit dem Flugzeug ist mir gekommen, weil der Teilmarkt „Wertpapierhandel“, der den Wechsel der Eigentümer so ermöglichen soll, wie die Räder beim Flugzeug den Wechsel vom Boden in die Luft und umgekehrt, heute den konjunkturellen Auftrieb der Gesamtheit der Märkte, behindert oder gar abbricht. Konstrukteur und Konstruktionszeichnung stehen dann für herrschende Wirtschafts- oder (einschränkender) für die Konjunkturtheorie.

Beim Flugzeugbau würden sofort dem Auftrieb hindernde Turbulenzen ausgemerzt. In der Ökonomie gelten störende Turbulenzen aber als naturgegeben. Vielleicht liegt es daran, daß es im Falle des Flugzeuges bei Mißachtung der Fehler - vom Versicherungsbetrug abgesehen - nur Verlierer geben kann. In der Ökonomie gibt es dort, wo es Verlierer gibt auch meistens Gewinner. Die Schlagzeile „120 Milliarden lösen sich in Rauch auf“, wie sie in der HAZ vom 17. Oktober 1989 gedruckt wurde ist unsinnig. Real lösen sich durch Kursstürze an der Börse keine Werte auf. Real lösen sich beim Unternehmen erst Anteilswerte im Konkursfall und bei den Forderungspapieren im Falle der Insolvenz des Schuldners auf. Echte Wertverluste erleiden die Wertpapiere, die nicht Anteilseigentum repräsentieren, auch, wenn die Währung inflationiert wird. Dafür sind aber nicht die Börsen sondern die Notenbanken verantwortlich. Natürlich können an der Börse Bewertungsverluste und Gewinne entstehen. Der darin zum Ausdruck kommende Spekulationserfolg oder -mißerfolg kann nicht das Maß angeben, in dem sich die Gesamtwirtschaft entwickelt oder nicht. Ich denke auch hier wirkt das homöopa-

thische Mittel „konstruktive Umlauf Sicherung des Geldes“ wahre Wunder.

39. Frage:

Wie wird mehrheitlich im Zentralbankrat der Bundesbank das Geschehen an den Börsen im Oktober 1987 und im Oktober 1989 erklärt.

40. Frage aufgeteilt in:

- a) Hat die Bundesbank jeweils im Oktober '87 und '89 in das Börsengeschehen eingegriffen?
- b) Wenn ja: ba) Wie hat sie eingegriffen?
 - bb) Mit welchem Erfolg hat sie eingegriffen?
 - bc) Mit welchen Nebenwirkungen hat sie eingegriffen?

41. Frage 41 aufgeteilt in:

- a) Liegen der Bundesbank Erkenntnisse darüber vor, daß aufgrund der Vermögenskonzentration einzelne Börsianer in der Lage sind, künstlich eine Baisse oder Hausse auszulösen, um danach Aktien zu einem wesentlich niedrigeren Kurswert kaufen oder bei höheren Kursen verkaufen zu können?
- b) Treten an der Börse organisierte und gebündelte kleinere Aktienpakete in Größenordnungen auf, die im Stande sind das Börsengeschehen zu manipulieren?

Das „Wunder von Wörgl“, die Wiederholung eines Experimentes

Was die Menschen leisteten, die trotz Verspottung, Verleumdung, Ignoranz seitens der Wirtschaftstheorie und -politik und eigener Unzulänglichkeiten das freiwirtschaftliche Wissen in die Gegenwart gerettet haben, ist schon erstaunlich. Weniger erstaunlich ist sicher, daß die Theorie nie blutleer sondern praxisorientiert war. Dies mag daher rühren, daß die Mehrzahl der Gesellianer, Freiwirte oder Liberalsozialisten oder wie man sie noch benennen kann von der Praxis her zur Theorie kamen. Das beginnt mit Gesell, das war so bei seinen ersten Mitstreitern, das setzt sich fort über zahlreiche Arbeiter, Lehrer, Juristen, Ärzte und Kaufleute. Mich selbst beeindruckte am meisten Karl Walker, nicht nur weil ich einen Teil seiner Veröffentlichungen gelesen, sondern weil ich ihn auch persönlich erlebt habe. Walker hat „nur“ Buchbinder gelernt und hat als Arbeiter in einer Druckerei Bekanntschaft mit der Freiwirtschaftstheorie gemacht.

In dem österreichischen Wörgl hat im Krisenjahr 1932 der Bürgermeister Unterguggenberger in Übereinstimmung mit dem Rat der Stadt seine Kenntnisse von der Freiwirtschaftstheorie in die Tat umgesetzt, indem er ein Umlauf gesichertes Geld in der Stadt zirkulieren ließ. Der Erfolg war so groß, daß Wörgl damals einem ökonomischen Wallfahrtsort geglichen haben soll. Als andere österreichische Gemeinden dem Beispiel folgen wollten, hat die österreichische Notenbank das Experiment zerschlagen indem sie auf ihr Notenmonopol pochte. Die Reichsbank hatte sich in Deutschland gegenüber andeen Experimenten ähnlich verhalten. In den USA liefen solche Experimente, die von Irving Fisher angeregt waren, zum Teil schief, weil die Umlaufsicherungsgebühr als Finanzierungsinstrument von den betroffenen Kommunen mißbraucht und zu hoch angesetzt wurde. (Fisher hatte damals in den USA wohl den Bekanntheitsgrad und die Bedeutung, die Milton Friedman heute hat.) Einen Kurzbericht über das Experiment in Wörgl finden Sie in der Anlage IV.

Auch wenn ich überzeugt bin, daß eine Geldreform im Sinne Gesells ohne Gefahr für die betreffende Volkswirtschaft und ohne weitere Experimente durchgeführt werden kann, so kann man gerade aus demokratischer Sicht sagen, die Leute sollen sich nicht für etwas entscheiden, dessen Wirkung sie nicht abschätzen können. Die Experimente aus den dreißiger Jahren könnte man heute im größeren Umfang und perfekter wiederholen. Z. B. böten sich die DDR, Jugoslawien, Polen oder Ungarn dafür an: a) weil sie sowieso im Umbruch sind und b) weil sich ihre Lage nicht wesentlich verschlechtern kann. Die europäische Völkergemeinschaft, die ja brennend an der Klärung dieser Fragen interessiert ist oder wenigstens sein müßte, könnte das (die) betreffende(n) Land (Länder) ermutigen, indem sie garantieren: a) der Nutzen aus dem Experiment steht dem Land zu, das es durchführt. Tritt ein Schaden auf, wird der Schaden von der Völkergemeinschaft gemeinsam getragen. Um einen solchen Weg zu ermöglichen, müßte erst einmal das offizielle Schweigen über diese Entwicklungsmöglichkeiten gebrochen werden. Gehen wir nun einmal davon aus, das Tabu, mit dem die hier vorgestellten Ein- und Ansichten von der offiziellen Theorie und den Machträgern belegt ist, nicht gebrochen werden kann. Es gelingt aber genügend Bürger über die Entwicklungsmöglichkeiten, die die Freiwirtschaftsschule aufzeigt, zu informieren und für die Wiederholung des Experimentes, richtiger für eine Selbsthilfe, die durch die Weigerung der Notenbank erforderlich wird, zu begeistern. Bedenken wir dann noch, daß wir es hier im Westen immer als eine Zumutung empfunden haben, daß die Menschen in den sozialistischen Ländern durch eine Ökonomie zu leiden und zu darben hatten, die einfach nicht dem neuesten Erkenntnisstand entsprach, und daß es folglich auch den Bundesrepublikanern nicht zugemutet werden kann unter dem öko-

nomischen Niveau zu leben, daß eine bessere Währungsverfassung ermöglichen würde. Gehen wir zusätzlich davon aus, daß die politischen Parteien die politische Willenbildung weiterhin kartellisieren und sich gegenüber diesen Problemen versperren. (Ich selbst wirke seit 1967 in politischen Parteien mit.) Ich denke, daß dann die Situation gekommen ist, wo der geplante, angekündigte Regelverstoß, wie in Mahatma Gandhi mit der Brechung des Salzmonopols gegenüber den Engländern demonstriert hat, erfolgen muß, damit der Bürger Herr staatlicher Institutionen wird und nicht ihr „Sklave“ bleibt. Hier und heute ginge es dann aber nicht um das Salzmonopol, sondern um das Währungsmonopol, das ja nur solange eine Rechtfertigung hat, wie es zum Nutzen aller optimal angewandt wird.

42. Frage aufgeteilt in:

- a) Ist der Zentralbankrat bereit sich über die „Experimente“, die vor der Hitlerzeit in Wörgl und anderswo durchgeführt wurden zu informieren?
- b) Wenn ja: Ist der Zentralbankrat bereit den Bundestag, die Bundesregierung und internationale Gremien, die sich mit Währungsfragen befassen darüber zu informieren, was sie bei ihrer Recherche über das „Wörgler Wunder“ etc. herausgefunden hat?
- c) Ist der Zentralbankrat bereit ein wie oben beschriebenes Großexperiment zu befürworten?

43. Frage:

Wie wird sich die Bundesbank verhalten, wenn Bürger der Bundesrepublik genauso wie die Bürger der aufgewachten sozialistischen Staaten, daß Recht für sich reklamieren in einer besseren ökonomischen Situation leben zu wollen als der jetzigen und bei tauben Ohren der Verantwortlichen im Bundestag und Bundesbank zur Selbsthilfe schreiten?

V. Schlußbemerkungen

=====

Wer einen solchen Brief schreibt wie diesen, muß - wenn er nicht gleich am Beginn verzagen will - sich in der Vorstellung wiegen, daß in einer demokratischen Gesellschaft staatliche Institutionen so reagieren, wie es jungen Menschen im Staatsbürgerunterricht vermittelt wird. Wenn sich dann der Wille gefestigt hat, das begonnene „Werk“ zu vollenden, darf man sich ruhig wieder daran erinnern, das die Erfahrung lehrt, daß auch bei uns sich liebe, nette, aufgeschlossene Menschen all zu häufig in bornierte Bürokraten verwandeln, wenn sie im Rahmen einer Institution tätig werden. Wo immer die Ursache liegen mag, der Erfolg einer politischen

Initiative, besonders in Schriftform wie hier, hängt wesentlich davon ab, ob eine Öffentlichkeit für das Anliegen hergestellt werden kann oder ob die betreffenden „Bürokraten“ eine öffentliche Reaktion befürchten müssen. Dies ist der eine Grund, warum dieser Brief eine noch unbekannte Zahl von Mitempfängern erhält. Ein anderer Grund ist der, daß ein Brief, der hier ja schon den Umfang einer Broschüre hat, wohl die aufwendigste Kommunikationsform ist, wenn er nur einem Empfänger hat, von dem man nicht weiß, ob er überhaupt bereit ist die „Botschaft“ zu lesen. Mit einem solchen Luxus muß man geizen. Der dritte und wahrscheinlich der wichtigste Grund dafür, daß der Brief multipliziert rausgeht, ist der, daß ich meine, daß er Informationen enthält, die möglichst schnell viele Menschen erreichen sollten, die dabei sind ihre Gesellschaft im demokratischen Sinn selbst mitzugestalten.

Situationsbedingt ist der Brief mit vielen Unterbrechungen entstanden. Dies mag der Grund sein, daß sich manche Fragen thematisch überschneiden. Ich halte das aber nicht für einen Nachteil, weil dadurch wie bei empirischen Erhebungen im Fragenkatalog Kontrollfragen enthalten sind.

Die Währungsverfassung und ihre Anwendung ist nicht die einzige Verfassung bei uns, die im Hinblick auf eine Evolution unserer Gesellschaft (und anderer Gesellschaften) zu hinterfragen ist. Es gibt bei uns keine gesellschaftliche Teilordnung, wo sich die Fragen nicht einfach aufdrängen und dies gerade dann, wenn man diese Gesellschaft als die eigene Heimat liebt oder „nur“ achtet. Eine Stadt kann aus der Ferne gesehen eine interessante Silhouette haben und schön farbig aussehen. Ob eine Stadt aber optimal gestaltet ist, ob die Infrastruktur veraltet oder auf dem neuesten Stand ist, ob die Luft krank macht oder Leben ermöglicht, ob Freude und Zuversicht in den Mauern zu Hause ist, ob es dort stinkt oder duftet, daß erfährt man erst, wenn man sich in die Stadt begibt und auch die einzelnen Elemente, aus denen eine Stadt besteht untersucht. Untersuchen aber heißt messen und vergleichen. Hier beginnt für viele das Problem. Im Vergleich mit anderen Städten schneidet unsere „Stadt“ BRD gar nicht schlecht ab. Und doch ist für den, der keinen Schnupfen hat oder sich mit einer künstlichen Duftwolke umhüllt, festzustellen, es stinkt in dieser „Stadt“. Wenn praktische Vergleichsmaßstäbe fehlen, dann sind brauchbare theoretische Maßstäbe um so erforderlicher, um überprüfen zu können, ob der farbig übertünchte Putz unserer Institutionen ein solides demokratisches Mauerwerk schmückt und schützt oder ob damit vertuscht werden soll, daß sich hinter der Fassade vordemokratische, antiemanzipatorische Strukturen verbergen.

Bei uns in der Bundesrepublik wurde und wird heute in den Schulen und Hochschulen keine umfassende Theorie der freiheitlichen Wohlfahrt vermittelt. Es konnte nicht einmal vermittelt werden, daß ohne Marktwirtschaft keine reale Freiheit zu haben ist. Dies lag zum einen daran, daß die Zusammenhänge nicht begriffen wurden, zum anderen hing und hängt es damit zusammen, daß Marktwirtschaft manipulierend (von der politischen Linken wie von der Rechten) mit Kapitalismus gleichgesetzt wurde und wird. Zuflucht nahm der Großteil der außerparlamentarischen Opposition und der Intellektuellen zur Marxismustheorie, die sich aber mehr oder weniger als unbrauchbar erwiesen hat, was sich besonders daran zeigt, daß diese Mitbürger den Menschen in den östlichen Nachbarstaaten, die ihre Gesellschaften menschlicher gestalten wollen, keine Hilfestellung anbieten können.

Für eine freie Gesellschaft ist die Marktwirtschaft eine Voraussetzung. Die Marktwirtschaft hat wiederum eine störungsfrei funktionierende Währung zur Bedingung. Eine brüderliche (schwesterliche) Gesellschaft hat zur Bedingung, daß der Kapitalismus überwunden wird. Der Kapitalismus hat eine seiner Pfahlwurzeln in der heutigen Währungsverfassung.

Als ich in der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ am 7. Oktober 1972 in der Evangelischen Akademie Loccum zum Ex-Wirtschaftsminister und Ex-Kanzler Ludwig Erhard sagte, ich würde meine Kritik marktwirtschaftlich begründen, antwortete er: „Das wird auch Zeit!“ Ich denke, es wurde auch Zeit, eine der wichtigsten Institutionen unserer Gesellschaft, die Deutsche Bundesbank, mit marktwirtschaftlich begründeten kritischen Fragen zu „bombardieren“. Im Grunde Ihres Herzens müßten Sie alle, die Sie den Zentralbankrat repräsentieren, dafür dankbar sein, denn dieses Schreiben verschafft ihnen die Möglichkeit über den üblichen Rahmen hinaus sich zu äußern und eigenes Unbehagen zu artikulieren. Und denken Sie an den Volksmund, der da sagt: „Nichts ist schlimmer als die Reue über eine verpaßte Gelegenheit.“

Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein frohes Schaffen
und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

ANHANG

zum Schreiben von T. Abromeit
an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank
vom Oktober 1989

A) Übersicht der Anlagen

I. Die Buchgelddiskussion in der Zeitschrift „Der Dritte Weg“

II. 1. „Welche Rolle spielt das Geld“,
eine Übersichtlieferbarer Titel von und durch Helmut Creutz

2. „Veröffentlichungen zum Thema 'Geld'“ von Prof. Dr. Dieter Suhr

3. Titel und Vorwort von „Das Buchgeld“ von Karl Walker.

(Das Vorwort ist von Otto Lautenbach, der die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 1953 gründete. Hier fand eine Kooperation zwischen den Ordoliberalen und Freiwirtschaftlern statt. Die Professoren Ludwig Erhard und Wilhelm Röpke waren Ehrenmitglieder. Nachzulesen in: „Freiheit?“ von Ernst Winkler, Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT. Darin sind ebenfalls enthalten die Arbeitsergebnisse einer Zusammenkunft mit der Bank Deutscher Länder im Jahr 1952.)

4. Titel und Vorwort „Die Technik der Umlauf Sicherung“ Walker / Lautenbach

5. „Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem“ von Artur Woll, Siegen

6. „Bargeld stört die Geldmengenpolitik“
Eine Untersuchung der Schweizerischen Nationalbank

7. „Beklagte, unerkannte und fehlende Bargeldsorgen der Deutschen Bundesbank“
von Oswald Hahn

8. „Der 'Keynes-Plan' zur Ordnung der Weltwirtschaft“
und „Macht der Banken überschätzt“

9. Auszüge aus: „Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute“ zum Geldwesen“

III. 1. Stichwort „Gesell, Silvio“ aus: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften und Evangelisches Soziallexikon

2. „In Memoriam Silvio Gesell“ von Oswald Hahn
aus: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

3. Anschriften der Freiwirtschaftlichen Bibliothek und Organisationen und Zeitschriftentitel
- IV. „SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen“ Nr. 9 vom März 1977 darin u.a:

„Neuordnung des Bankwesens“ von Tristan Abromeit

„Das 'Wunder von Wörgl'" ohne Verfasserangabe
(Die darin enthaltene Bücherwerbung habe ich mit einem Beitrag aus der Zeitschrift „evolution“ Nr. 15 / 1977 überklebt. Er trägt den Titel:
"Gib es einen liberalen Sozialismus?")

B) Angebot besonders für Leser jenseits der Ost-West-Grenze (2. und 3. nicht für die Bundesbank gedacht)

1. „Neue Europäische Währungsordnung
- Indexwährung . flexible Wechselkurse . Europa-Mark "
von Karl Walker, 1962, Rudolf Zitzmann Verlag, 144 Seiten, gebunden.

(Ich habe noch ein Dutzend Exemplare dieses Buches, daß im Buchhandel nicht oder nur schwerlich zu haben ist, in meinem Bestand. Es kann gegen ein Verrechnungsscheck von DM 25,- bei mir angefordert werden. Leute aus der DDR, Polen etc. können als Gegenleistung Informationen senden, von denen sie glauben, daß ich oder andere hier in der BRD sie unbedingt zur Kenntnis nehmen sollten. Es kann aber auch etwas sein, was im Haushalt mit zwei Knaben (4 u. 8 J. alt) verwendet werden kann.)

2. „GLASNOST und PERESTROJKA auch in der Bundesrepublik Deutschland
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages vom Jan. '88“
Dieser Brief von mir war gedacht als Hintergrundinformation zu einer Petition an den Bundestag, die die Prüfung einer alternativen Ökonomie zum Gegenstand hatte. Erfahrungen von zwei Jahrzehnte Partearbeit in der Freien Demokratischen Partei (FDP) und in der Partei DIE GRÜNEN und der Beobachtung der anderen Parteien sind in das Schreiben eingeflossen. Der Brief (95 Seiten mit Anhang und Dokumentation der damit zusammenhängenden Korrespondenz dürften es 200 Seiten sein) wäre gerade für jene Menschen interessant, die aktiv an der Überwindung der Einparteienherrschaft arbeiten. Denn es ist nicht alles Gold, was im Westen glänzt. Die Mehrparteienherrschaft ist gegenüber der Einparteienherrschaft nur eine graduelle Verbesserung. Wenn im Osten die Volksvertretungen durch Gängelung untaugliche gesellschaftliche Institutionen waren, so sind die Parlamente im Westen durch Selbstüberforderung, ebenfalls mangelnde Distanz zu den Parteien und das Fehlen ordnungspolitischer Leitbilder als sehr problematisch einzustufen.
Diese Arbeit von mir liegt nur in kopierter Form vor. Da ich einen Druck nicht finanzieren kann, kann ich nur wenige Kopien (gegen Kostenerstattung) liefern.

3. „DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN IM März 1980 in Sarbrücken“ und „DIE FREIE BERUFS-BILDUNGS-ASSOZIATION (FBA)
- Ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit, vorgelegt am 1. Mai 1982“
Diese beiden Schriften von mir, die von Einzelmitgliedern der GRÜNEN freundlich aufgenommen, vom „Apparat“ (der nicht von liberal gesinnten Bürgern(innen) besetzt war oder ist), aber eher abgestoßen wurde, dürften für die programmatische Diskussion in den sich

wandelnden sozialistischen Ländern interessant und aktuell sein.

Auch wenn in der Phase des Auf- und Umbruchs die Menschen dort meinen, es ginge erst einmal um die Verbesserung der ökonomischen Lage, so sollten sie doch nicht die Interdependenz, die gegenseitige Abhängigkeit der Teilordnungen, übersehen. Fehler die bei der Neugestaltung einer Gesellschaft gemacht werden, lassen sich wie die Beispiele der DDR und BRD zeigen, erst nach Jahrzehnten korrigieren. Das hängt einfach damit zusammen, daß die Menschen unabhängig vom politischen Inhalt mehrheitlich konservativ sind und das Vorhandene unter den jeweils gegebenen Umständen ohne Risiko nicht für Verbesserungsfähig hält. Eine Gesellschaft, die sich ständig optimieren soll, muß institutionell dafür eingerichtet sein. Mehrparteiensystem und freie Wahlen sind dafür eine, aber ungenügende, Voraussetzung.

Wir in der Bundesrepublik haben neben der in den Ansätzen steckengebliebenen dezentralen Ordnung der Wirtschaft im Bildungswesen eine Ordnung nach zentralistischem Muster, die zudem noch inkonsequent ist, weil die Zuständigkeiten auf die Bundesländer aufgeteilt sind. Hier haben wir eine große Quelle des Unbehagens, die in der öffentlichen Diskussion nicht benannt wird, weil sie gar nicht bewußt ist. Die Parteien produzieren allenfalls als „humaner Fortschritt“ verpackte bildungspolitische Vergewaltigungsphantasien. Gerade aber für Vielvölkerstaaten wie Jugoslawien und die Sowjetunion ist die dezentrale, föderative Vielgestaltigkeit in allen Gesellschaftsbereichen zur Befriedung der Menschen und Völker erforderlich.

Meine Berufsbildungsschrift ist in einer Situation des Lehrstellenmangels entstanden, vermag aber trotzdem die Diskussion um die künftige Gestalt der Bildungslandschaften in den Ländern der Morgenröte bereichern. Ich füge der Schrift noch „Thesen zur grünen Bildungspolitik“ hinzu, die ich 1982 formuliert habe.

Auf dem Hintergrund, daß die DDR für die Übersiedler gegenüber der BRD Ansprüche aufgrund der Bildungsinvestitionen, die sie in die Obersiedler getätigt habe, geltend macht und damit quasi Eigentumsansprüche an diese Menschen reklamiert, sind Bildungsfragen bei der Umgestaltung hochaktuell.

Bezugsquellen für Angebot 3:

- a) siehe Anlage II. 1.
- b) Arbeitskreis Dritter Weg NWO per Adr. Georg Otto, 3221 Eberholzen

C) Literaturhinweis für Leser jenseits der Ost-West-Grenze

Ich gebe hier noch zwei Hinweise auf Bücher die mir im Zusammenhang mit der Umgestaltung wichtig scheinen:

"FÖDERALISMUS - Die demokratische Alternative Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff" von Karl Hahn
Verlag Ernst Vögel, München (ISBN 3-920896-22-X)

"Die Entfesselung der Kreativität - Das Menschenrecht auf Schulvermeidung" herausgegeben von Johannes Heimrath Drachen Verlag, Wofratshausen (ISBN 3-927369-00-4)

Hier geht es um die wichtige Frage, ob der Staat die Kinder in Schule zwingen darf und um die Konsequenzen aus dem Schulzwang.

Weiter: Siehe Anlage II.1., II.2. und III.3. (Übertragen am 18. 4. 04 / T.A.)